

Dirk Schmidt

**Die Außenpolitik
der Volksrepublik China**

Einleitung

Die Volksrepublik China (VRC) ist dabei, die erklärten Ziele aller chinesischen Modernisierungsbefürworter seit dem 19. Jahrhundert, nämlich „Wohlstand und Macht“¹ zu erlangen. Sollte sich der wirtschaftliche Aufschwung fortsetzen und die politische Stabilität des kommunistischen Systems erhalten bleiben, könnte China zu einer maßgeblichen Großmacht oder gar zur Supermacht des 21. Jahrhunderts aufsteigen. Was dies konkret für die übrige Welt bedeuten würde, lässt sich bisher noch nicht zur Gänze abschätzen. Definitiv bietet aber die Außenpolitik der VRC bereits heute vielfältige Ansatzpunkte, um die übergeordnete Fragestellung dieser Studie nach Partnerschaft und Rivalität zu beantworten. Denn Chinas Bedeutung in der internationalen Politik lässt sich nicht mehr übersehen: In kein anderes Entwicklungs- oder Schwellenland ist mehr ausländisches Kapital geflossen. China ist zur größten Exportmacht und zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt aufgestiegen. Als Ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates ist die VR China an vorderster Front am internationalen Konfliktmanagement beteiligt. Kein größerer internationaler Problembereich – gleich ob in außenwirtschafts-, sicherheits-, bevölkerungs- oder umweltpolitischen Fragen – kann ohne Zustimmung oder Mitarbeit der chinesischen Führung Erfolg versprechend bearbeitet werden. Als drittgrößte Nuklearmacht der Welt und als einer der führenden Waffenexporteure ist die Bereitschaft Chinas zur Zusammenarbeit in der globalen und regionalen Rüstungskontrolle unverzichtbar.

Für das westliche Ausland stellen sich im Zusammenhang mit dem Aufstieg Chinas in Weltwirtschaft und Weltpolitik daher grundlegende Fragen:

- Was will die VRC in ihrer Außenpolitik erreichen? Welche Instrumente und Mittel setzt sie hierfür ein?
- Welche Grundmuster kann man in Chinas auswärtigen Beziehungen erkennen?
- Inwieweit lässt sich das aufstrebende Land in internationale Regelwerke und Verantwortlichkeiten einbinden oder inwieweit folgt es in erster Linie seinen eigenen nationalen Interessen?
- Wird China infolgedessen zu einem berechenbaren und kooperationsbereiten Partner oder zu einem strategischen Rivalen?

Diesen Fragen kann man grundsätzlich auf drei verschiedenen Wegen nachgehen: Der erste Weg findet sich meist in der Medienberichterstattung, in der konkrete, aktuelle außenpolitische Verhaltensweisen Chinas thematisiert und bewertet werden (zum Beispiel Chinas Rolle im Konflikt mit Nordkorea oder im Rahmen der globalen Klimapolitik). Dadurch gewinnt man zwar wertvolle Einsichten zu bestimmten Einzelaspekten, die Berichterstattung fügt sich jedoch nur selten zu einer kohärenten Betrachtung zusammen, längerfristige Trends, Brüche und Kontinuitäten geraten nur allzu leicht aus dem Blickfeld. Daher ist es nötig jenseits der Tagesaktualität den Blick auf die nationale Strategie Chinas zu richten, wie dies in der Chinaforschung getan wird: Verfügt

das Land also über einen klar identifizierbaren Zielkatalog, den es mithilfe eines Sets an Instrumenten planvoll in die Praxis umsetzt? Um die Ziele selbst in Erfahrung bringen zu können, ist es wiederum angezeigt, einen dritten Weg einzuschlagen, nämlich außenpolitische Dokumente, Statements und Reden chinesischer Politiker eingehend zu analysieren. Diese drei Schritte werden auch im weiteren Verlauf dieses Kapitels unternommen.

Grundlagen und Besonderheiten der chinesischen Außenpolitik²

Die chinesische Identität und Weltsicht

Traditionell von 1949 bis in die jüngste Zeit hinein hielten die meisten chinesischen Stellungnahmen und Publikationen daran fest, dass China „das größte Entwicklungsland der Welt“³ sei. Begründet wurde dies mit dem Verweis auf das große innerchinesische Entwicklungsgefälle, das pro Kopf immer noch geringe Entwicklungsniveau und die technologische Rückständigkeit gegenüber dem Westen. Angesichts des globalen wirtschaftlichen Aufstiegs und unbestreitbaren Machtzuwachses der VRC allerdings nahmen immer mehr diejenigen Stimmen in den Medien oder der Wissenschaft innerhalb Chinas zu, die dem Land bereits einzelne Attribute einer Großmacht zuschrieben. Noch bis in die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts hinein bestand in chinesischen Außenpolitikkreisen der Konsens vorrangig darin, China als aufstrebende Regionalmacht innerhalb Asiens zu begreifen, die jedoch noch geraume Zeit benötige, um zu den USA aufzuschließen. Dies hat sich seit der Machtübernahme Xi Jinpings im Jahre 2012 fundamental geändert: heute wird ganz offen und demonstrativ von der chinesischen Propaganda für China der Status als „Großmacht“ reklamiert, der lediglich mit bestimmten ideologischen Schlagwörtern bemäntelt wird (siehe die Kapitel „Besonderheiten der chinesischen Außenpolitik“ und „Neuer Führungs- und Gestaltungswille“). Die Rechtfertigung für diesen neugewonnenen Status ergibt sich aus chinesischer Sicht aber nicht nur aus dem machtpolitischen Aufholprozess der letzten Jahrzehnte. Als eine Grundannahme der chinesischen Außenpolitik gilt vielmehr, dass China nun eine zentrale Position in der internationalen Ordnung zurückerobere, die ihm als das historische „Reich der Mitte“ mit seiner „über 5000-jährigen Geschichte und Kultur“ ohnehin zustehe und die es nur durch die westliche und japanische Aggression im sogenannten „Jahrhundert der Demütigung“ (1842 bis 1949 – vom Ende des 1. Opiumkriegs bis zur Gründung der Volksrepublik China) verloren habe. In merkwürdigem Kontrast zu diesem neu artikulierten Selbstbewusstsein stehen nach wie vor Warnungen vor antichinesischen Verschwörungen, „feindliche Kräfte im Westen“ zielten darauf ab, China einzudämmen und seinen weiteren Aufstieg damit zu vereiteln. Aus diesem Bedrohungsszenario, das sich vor allem in Krisen- bzw. Spannungssituationen (zum Beispiel immer wieder im Zusammenhang mit Tibet) Bahn bricht, speist sich

eine Wagenburgmentalität in der chinesischen Führung: es gelte dann also, die eigenen Reihen ideologisch zu festigen und dem Westen geschlossen die Stirn zu bieten.⁴

Die internationalen Beziehungen werden aus Chinas Sicht im Wesentlichen weiterhin durch Machtpolitik und die Konkurrenz zwischen Nationalstaaten bestimmt. Um als Nationalstaat in diesem Wettbewerb bestehen zu können, müsse China seine eigene „umfassende nationale Stärke“⁵ (d.h. in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Diplomatie, Militär, Kultur, Sport etc.) stetig im Vergleich zu anderen Ländern ausbauen. Konsequenterweise weist die chinesische Regierung auf die in den 1950er Jahren festgelegten „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ als allgemein verbindliche Richtschnur für den Umgang von Staaten untereinander, nämlich: gegenseitiger Respekt für die Souveränität und territoriale Integrität des jeweils anderen Landes, gegenseitige Nichtaggression, Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Länder, gleichberechtigte Verhandlungen und gegenseitiger Nutzen sowie friedliche Koexistenz.⁶ Damit einher geht eine weiterhin grundlegende Skepsis gegenüber Multilateralismus und Souveränitätstransfer. Multilaterale Bindungen sind demnach ein zweiseitiges Schwert: substantielle Beschränkungen der nationalen Souveränität sind nur dann zulässig, wenn ihnen ein entsprechender Nutzen gegenübersteht (zum Beispiel internationale Mitsprache bei der Gestaltung von Regeln, Zugang zu Märkten, Stärkung des Status in internationalen Organisationen). Europäische Diskussionen über das Ende des Zeitalters der Nationalstaaten erscheinen vor diesem Hintergrund vielen Beijinger Entscheidungsträgern und Politikberatern als Zeichen der politischen Schwäche, nicht als unabwendbare Einsicht. Offizielle chinesische Regierungsdokumente stellen regelmäßig fest, dass die internationale Ordnung sich inmitten eines tiefgreifenden, historischen Wandels und großer struktureller Anpassungen befinde. Als positiv eingestufte Trends gelten demnach: neue Möglichkeiten zur Herstellung andauernden Friedens und gemeinsamen Wohlstands in der Welt; die Herausbildung von „Multipolarität“ und die „Demokratisierung“ der internationalen Beziehungen; der Aufstieg der Entwicklungs- und Schwellenländer und deren verstärkte Kooperationsbeziehungen untereinander. Als negative Beharrungskräfte und Risiken werden regelmäßig benannt: das Andauern von Machtpolitik und Vormachtstreben, womit v.a. die USA identifiziert werden; die Entwicklungsunterschiede in der Welt; die Versuche westlicher Staaten, anderen Ländern das eigene Gesellschafts- und Wertesystem aufzuzwingen und politische Umstürze in Ländern zu fördern, die nicht dem westlichen Entwicklungsmodell folgen; begrenzte militärische Konflikte sowie nicht-traditionelle Sicherheitsbedrohungen etwa in den Bereichen Wirtschaft, Internet und Umwelt.⁷

Infobox: Grundannahmen der chinesischen Außenpolitik

Das historische „Reich der Mitte“ verdient es, eine zentrale Position in den internationalen Beziehungen einzunehmen.

Die internationalen Beziehungen werden im Wesentlichen durch Machtpolitik und Konkurrenz zwischen Nationalstaaten bestimmt.

Für den Umgang zwischen Staaten gelten die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“.

China hat als Nationalstaat den Zenit seiner Macht noch nicht erreicht. Deshalb dürfen in Fragen der nationalen Souveränität und territorialen Integrität bestenfalls taktische Zugeständnisse gemacht werden.

Internationale „feindliche Kräfte“ versuchen, das aufstrebende China niederzuhalten.

Multilaterale Bindungen sind ein zweiseitiges Schwert: Beschränkungen der nationalen Souveränität sind nur dann zulässig, wenn ihnen ein entsprechender Nutzen gegenübersteht (zum Beispiel internationale Mitsprache über die Gestaltung von Regeln, Zugang zu Märkten, Stärkung des Status in internationalen Organisationen).

Ziele und Instrumente der chinesischen Außenpolitik

Als Fundament für die Ziele der chinesischen Außenpolitik können drei Komplexe von – wie China nicht müde wird zu betonen – „unverletzlichen“ und „unzerstörbaren“ Kerninteressen der chinesischen Außenpolitik identifiziert werden:⁸

- Die Stabilität des politischen Systems, also die Aufrechterhaltung der Führungsrolle der Kommunistischen Partei und die Fortführung des eigenständigen sozialistischen Entwicklungsweges;
- die Verteidigung nationaler Souveränität und Sicherheit sowie der territorialen Integrität und nationalen Einheit; die Bekämpfung aller Tendenzen, die die territoriale Integrität Chinas in Frage stellen könnten (also die Unabhängigkeit Taiwans oder die Herauslösung Tibets und Xinjiangs aus dem chinesischen Staatsverband);
- die Sicherung der Voraussetzungen für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung Chinas (v.a. Zugang zu Rohstoffen).

In diesen drei Zielen gibt es laut chinesischer Führung keinerlei Flexibilität und Kompromissbereitschaft. Teilweise in ein Spannungsverhältnis hierzu gerät immer wieder Chinas Bemühen um ein positives internationales Image als kooperationsbereite und verantwortungsbewusste Großmacht. Ein letztes Ziel besteht schließlich in der Verhinderung einer internationalen Isolierung Chinas in akuten Streitfällen (zum Beispiel bei

Abstimmungen im UNO-Sicherheitsrat) oder der Etablierung einer dauerhaften Frontbildung gegen das eigene Land.

Zur Umsetzung dieser Ziele greift die VRC auf folgende Instrumente, Taktiken bzw. Argumente zurück: Unter Verweis auf die von westlicher und japanischer Hand erlittenen eigenen Opfer in den letzten 150 Jahren wird vom Westen eine besondere Verpflichtung zur Rücksichtnahme auf chinesische Interessen erwartet. Für China und alle Nationalstaaten wird das Recht auf die „eigenständige Wahl des gesellschaftlichen Systems“ und die Verteidigung der „Vielfalt der Kulturen“ eingefordert. Ausgehend vom eigenen Status als so immer wieder beschriebenes „größtes Entwicklungsland der Welt“ macht sich China zum Sprecher des „globalen Südens“ (d.h. der unterentwickelten Staaten und Schwellenländer), dem Ausnahmerechte in internationalen Handels- oder Klimafragen eingeräumt werden müssten. Seit Ende der 1990er Jahre baut die VRC darüber hinaus die Beziehungen zu solchen Regionen aus, die von westlichen Staaten jahrelang vernachlässigt worden sind. Die rege Diplomatie mit den Staaten Afrikas, Lateinamerikas und Zentralasiens dient zwar auch außenwirtschaftlichen Prioritäten (nämlich der Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung, Erschließung von Absatzmärkten für eigene Produkte), sie soll aber auch Unterstützung für die chinesischen Interessen gegenüber westlichen Staaten sichern. Als Ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates verlangt die VRC schließlich stets die Kernzuständigkeit der Vereinten Nationen bei der Bearbeitung globaler Fragen, v.a. im Bereich der Menschenrechts- oder Sicherheitspolitik (siehe auch Kapitel „Themenfeld 5“). Eine bis auf die traditionelle chinesische sogenannte Strategemlehre (eine Art Katalog von Anwendungsempfehlungen für Kriegslisten in unterschiedlichen Situationen) und auf maoistische Denkweisen zurückgehende Taktik in diplomatischen Verhandlungen Chinas ist letztlich, aus der Position des (derzeit noch) Schwächeren heraus politische Prozesse stets im Fluss zu halten, jegliche verfrühte Fixierung eigener Positionen zu vermeiden und auf die geduldige Unterminderung oder Selbststauung des (derzeit noch) Stärkeren zu setzen. In diesem Sinne (etwa in der Handels- oder Klimapolitik) gestehen chinesische Diplomaten regelmäßig eigene Unzulänglichkeiten (oft aufgrund des noch geringeren Wohlstandsniveaus im Vergleich zum Westen) offen ein, verweisen aber auf den angeblich vorhandenen Willen, diese Defizite im Zeitverlauf überwinden zu können. Mit anderen Worten ist dies eine sehr geschickte Taktik, Zeit zu gewinnen und die Partner auf die Zukunft zu verströmen, die man dann aber selbst entlang der eigenen Interessen kraftvoller gestalten kann.

Besonderheiten der chinesischen Außenpolitik

Die chinesische Außenpolitik weist zahlreiche Besonderheiten auf, die ihr Verständnis für das Ausland erschweren. Drei dieser Besonderheiten werden im Folgenden angesprochen: Die Rolle der Ideologie, die Entscheidungsfindung in einem autoritären Einparteiensstaat und der Glaube der Führung der VRC an das aktive Management des eigenen Images im Ausland (sogenannte Softpower).

Die Rolle der Ideologie:

Betrachtet man außenpolitische Veröffentlichungen und Stellungnahmen aus der VRC, so weisen diese mittlerweile ein sehr internationalistisches Vokabular auf.⁹ Dementsprechend findet man darin immer wieder westlich geprägte Begriffe wie etwa „internationale Interessengemeinschaft“, da alle Staaten vor ähnlichen Herausforderungen stünden, „Win-win-Konstellationen“ zum Nutzen aller Partner Chinas, Chinas Bereitschaft zur Übernahme „gemeinsamer Verantwortung“ für die Lösung globaler Probleme oder die Vorstellung, die Welt sei heute ein „globales Dorf“. Gleichzeitig trifft man aber immer wieder in Reden chinesischer Politiker oder in offiziellen Positionspapieren (sog. „Weißbüchern“) auf eine Vielzahl von ideologischen Konzepten¹⁰, die uns im Westen völlig fremd und unverständlich sind: Hierzu zählt zunächst die auf Mao Zedong zurückgehende Lehre von den „Widersprüchen“ und „Hegemonismus“ in den internationalen Beziehungen. Aus maoistischer Sicht bestand seit den 1940er Jahren der „Hauptwiderspruch“ (d.h. der wesentliche weltweite Konflikt) im Gegensatz zwischen sogenannten „imperialistischen“ und „unterdrückten“ gesellschaftlichen Klassen. Somit befand sich die VRC im Kampf gegen nationale Regierungen, die aus chinesischer Sicht „imperialistische“ Kräfte (die „Unterdrücker“) repräsentierten. Die gegenwärtige Definition des Hauptwiderspruchs in den internationalen Beziehungen aber steht im Einklang mit innerchinesischen Zielsetzungen: Das globale wirtschaftliche und soziale Entwicklungsgefälle wird als Hauptwiderspruch definiert, traditionelle Kategorien des Klassenkampfes werden herabgestuft. Der Ausgleich des globalen Entwicklungsgefälles zwischen Arm und Reich stellt aus der Sicht der aktuellen Widerspruchsanalyse die zentrale Herausforderung für die internationalen Beziehungen dar. Der Hegemonismus-Vorwurf wird von der chinesischen Außenpolitik immer dann vorgebracht, wenn einzelne Nationen oder Allianzen „Hegemonialverhalten“ oder „Denken in den Kategorien des Kalten Krieges“ an den Tag legen. Im Grunde sind diese Formulierungen immer nur als Chiffren gegen einen Akteur gerichtet: die USA, etwa wenn diese den Einsatz von Zwangsmitteln gegenüber anderen Staaten ohne UNO-Mandat fordern. Im Gegensatz dazu reklamiert die VRC für sich selbst, eine „unabhängige Außenpolitik des Friedens“ zu betreiben und aufgrund ihrer eigenen Erfahrung mit dem westlichen Imperialismus niemals als aggressiver Hegemon nach außen auftreten zu wollen, der anderen seinen Willen aufzwingt. In diesem Sinne ist in der diplomatischen Sprache der VRC seit 2016 die Rede davon, das Land sei eine „Großmacht neuen Typs“, die eine „Großmachtdiplomatie mit chinesischen Charakteristika“ verfolge: statt gegen andere gerichtete Allianzsysteme zu etablieren, setze man auf ein weltweites Netz von Partnerschaften; statt des Denkens in „Null-Summen-Kategorien“ (was einer gewinnt, muss ein anderer verlieren) verfolge man Interessen zum gemeinsamen Vorteil der ganzen Welt.¹¹

Institutionen und außenpolitische Entscheidungsfindung:

Auch wenn außenpolitische Entscheidungsfindung in China heute für auswärtige Beobachter deutlich transparenter als zu früheren Zeiten ist, muss zunächst dennoch festgehalten werden, dass wir nur wenig über die genauen Zuständigkeiten und Ablaufprozesse – gerade auch in Krisenzeiten – wissen. Ganz bewusst verschleiert die chinesische Führung nämlich das, was im innersten Führungszirkel bei außenpolitischen Entscheidungen vor sich geht, die Medien können darüber nicht berichten, Interviews von Beteiligten über interne Angelegenheiten existieren nicht. Wenn in den bisherigen (und auch nachfolgenden Ausführungen) von „China“ die Rede ist, so sollte man sich stets vor Augen führen, dass dies eine analytische Vereinfachung ist: Die VRC ist nämlich bei weitem kein einheitlicher, homogener Akteur, der auch also solcher nach außen auftritt. Vielmehr begegnet uns „China“ in den auswärtigen Beziehungen auf vielfache Weise: natürlich durch das Handeln der Regierung, aber auch durch das von Parteiakteuren, Staatsunternehmen oder chinesischen Provinzen/Städten, die im Ausland in Erscheinung treten. In jedem Einzelfall sollte demnach geprüft werden, um welchen Akteur es jeweils geht und ob dieser Interessen verfolgt, die ggf. im Widerspruch stehen zu der offiziell vertretenen Politik.

Die Entscheidungsstruktur für die chinesische Außenpolitik ist formell hierarchisch aufgebaut (siehe hierzu auch den Beitrag von Matthias Stepan). Parteiorgane sind für die Außenpolitik in der Regel von größerer Bedeutung als die Regierungsinstitutionen, sofern beide nicht ohnehin deckungsgleich sind. An der Spitze der Entscheidungsstruktur steht der *Ständige Ausschuss des KPC-Politbüros*, der über strategische Fragen der Außenpolitik und in internationalen Krisensituationen entscheidet. Eine herausragende Rolle innerhalb des Ständigen Ausschusses spielt der Generalsekretär des Zentralkomitees, der gegenwärtig zugleich die Ämter des Staatspräsidenten und des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission auf sich vereinigt. Die außenpolitische Koordinierung und Entscheidungsvorbereitung findet in mehrere Ressorts verbindenden *Zentralen Führungsgruppen* unterhalb des Politbüros statt. Besonderes Gewicht in der Gestaltung der Außenpolitik haben die – gewöhnlich vom KPC-Generalsekretär selbst geleiteten – *Zentralen Führungsgruppen für Auswärtige Angelegenheiten, Taiwan, Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie die Zentrale Kommission für Nationale Sicherheit*. Im Westen oft wenig beachtet, aber für die chinesische Außenpolitik wichtig ist die *Zentrale Abteilung für auswärtige Verbindungen* (auch *Internationale Abteilung des Zentralkomitees der KPC* genannt). Zwischen ihr und dem Außenministerium wird regelmäßig Personal ausgetauscht, ihr Leiter hat in der bürokratischen Hierarchie Chinas den Rang eines Ministers. Diese Abteilung pflegt den Austausch mit anderen kommunistischen Parteien, sie ist damit insbesondere für die schwierigen Beziehungen Chinas zu Vietnam oder Nordkorea von Bedeutung. Für die „Taiwan-Arbeit“ zuständig ist die „Einheitsfront-Abteilung“ des Zentralkomitees. Auf der Seite der chinesischen Regierung setzen sich die Besonderheiten fort: Unterhalb des Ministerpräsidenten und seiner Stellvertreter, aber protokollarisch über dem Außenminister, existiert noch ein Staatsrat für Auswärtige

Angelegenheiten. Dieser leitet die Zentrale Führungsgruppe für Außenpolitik organisatorisch und dient als Filter für außenpolitische Vorschläge, die aus dem Regierungsapparat an die Parteiführung gerichtet werden. Das Außenministerium selbst hat nicht die Bedeutung wie in westlichen Staaten. Es ist mit seinen nachgeordneten Botschaften eher dafür zuständig, mittels Analysen und Stimmungsberichten aus dem Ausland die Entscheidungsfindung vorzubereiten und später die Entscheidungen umzusetzen. Es sieht sich aber in seiner Bedeutung dadurch eingeschränkt, dass es nicht nur mit Parteistrukturen konkurrieren muss, sondern auch nur eine unter zahlreichen anderen Institutionen auf der Ministerialebene ist, die für Außenpolitik Kompetenzen hat (dazu zählen zum Beispiel auch das Handelsministerium, die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission, die Ministerien für öffentliche Sicherheit und Staatssicherheit).

Anders als es der nichtdemokratische Charakter des politischen Systems nahelegen würde, ist die außenpolitische Entscheidungsfindung in China aber nicht ausschließlich von einem straffen Top-down gekennzeichnet. Vielmehr sind heute oft breite Konsultationen und die Konsenssuche mit einem oft sehr hohen Abstimmungs- und Zeitaufwand zwischen den außenpolitischen Akteuren an der Tagesordnung. Im Normalmodus der chinesischen Politik zeichnen sich Entscheidungsverfahren durch die Hinzuziehung einschlägiger Beratungsorgane, durch Verhandlungen zwischen bürokratischen Organen und durch die Dominanz von Fachleuten aus. Informations- und Überzeugungsarbeit sowie die Bildung von Allianzen innerhalb der Bürokratie sind bei komplexen Regelungsmaterien der Außenwirtschaft und Außenpolitik ausschlaggebend, nicht allein politische Machtwerke. Im Krisenmodus allerdings – also im Falle von Bedrohungswahrnehmung, hohem Entscheidungsdruck bei unzureichender Informationslage sowie Spannungen in strategischen Feldern der Außenpolitik (Verhältnis zu Großmächten, Taiwan) – sind Entscheidungsverfahren weiterhin in hohem Maße zentralisiert und von einzelnen Führungspersönlichkeiten oder einem engen Entscheidungszirkel dominiert.

Außerdem sollte der Blick auf die chinesische Führung nicht den Blick auf andere Phänomene verstellen: Außenwirtschaftliche Initiativen gehen zum Beispiel regelmäßig von lokalen chinesischen Akteuren (Städten, Provinzen, diesen zugeordneten Staatsunternehmen) oder transnationalen Firmen- und Produktionsnetzwerken aus, die häufig die Zentralregierung in eine reagierend-nachlaufende Position bringen. Bestimmte Provinzen werden von der chinesischen Zentralregierung sogar dazu ermuntert und ermächtigt, gutnachbarschaftliche Beziehungen und wirtschaftlichen Austausch zum angrenzenden Ausland zu pflegen (zum Beispiel die Provinz Guangdong gegenüber dem benachbarten Südostasien; Fujian gegenüber Taiwan; die mandschurischen Städte Dalian oder Shenyang gegenüber Japan und Korea). Gleichzeitig wächst durch neue Kommunikations- und Informationstechnologien der Einfluss gesellschaftlicher Gruppen auf außenpolitische Entscheidungsvorgänge. So sind zum Beispiel die Wirkungen massenhafter nationalistischer Äußerungen in Online-Foren und deren Konsequenzen für die Politik gegenüber Japan gut dokumentiert.

Das Management der eigenen Softpower

Der Begriff „Softpower“ umschreibt die Fähigkeit einer Nation, die eigenen Leitvorstellungen und Interessen nicht nur durch Zwang (militärische Macht) oder materielle Anreize (ökonomische Macht) zu befördern, sondern durch die ideelle Attraktivität und modellprägende Kraft des nationalen Gesellschafts-, Kultur-, Wirtschafts- oder Staatssystems.¹² Die USA gelten als das Musterbeispiel für diese Vorstellung mit ihren überall auf der Welt nachgefragten Marken (Google, Apple, Facebook, Twitter, Nike, McDonalds), ihren führenden Universitäten (Harvard, MIT, Stanford) oder ihrer weltweite Trends setzenden Unterhaltungsindustrie (Film- oder Musikbranche). Die chinesische Führung sieht den darin zum Ausdruck kommenden amerikanischen Lebensstil bzw. die damit quasi indirekt im Weltmaßstab mit transportierten Werte wie individueller Freiheitsdrang, Selbstverwirklichung oder Liberalität mit Argwohn und in Teilen als Bedrohung für die eigene Herrschaft. Daher hat sie sich seit einigen Jahren auf den Weg begeben, der amerikanischen Softpower entgegenzuwirken und dem verbreiteten Misstrauen gegenüber China durch Kultivierung von eigener Softpower den Boden zu entziehen.¹³ Dabei folgt die VRC einem instrumentalistischen Verständnis: Die Anziehungs- und Prägekraft einer Nation ergibt sich demnach nicht einfach daraus, dass Außenstehende einer bestimmten Nation bewunderns- und nachahmenswerte gesellschaftlich-kulturelle Errungenschaften zuschreiben, sondern wird als langfristig angelegtes staatliches Projekt der aktiven Prägung eines attraktiven internationalen Images begriffen. Gestützt auf die globale Attraktivität der traditionellen chinesischen Kultur (die von chinesischen Politikern als „Eigentum nicht nur Chinas, sondern der gesamten Welt“ dargestellt wird) und die Erfolge der wirtschaftlichen Modernisierung sowie unter Verweis auf national-kulturelle Besonderheiten sollen „Fehlwahrnehmungen“ Chinas im Ausland und „Missverständnisse“ bezüglich der Intentionen und des Verhaltens Chinas korrigiert werden.

Mit großem materiellem Einsatz baut die chinesische Regierung deshalb die auswärtige Kulturpolitik aus, während westliche Staaten entsprechende Programme überwiegend kürzten. Mit Hilfe der Konfuzius-Institute (14 davon in Deutschland), weiteren Kulturinstitutionen und einer Serie aufwändiger Kulturfestivals im Ausland soll die Verbreitung der chinesischen Kultur und Sprache international gefördert werden. Professionelle PR- und Lobby-Agenturen werden engagiert, um für das Image und die Ziele Chinas im Ausland zu werben. Im Kontext eines solchen politisierten Verständnisses von kulturellem Austausch wird in Dokumenten der chinesischen Regierung die globale Popularisierung der chinesischen Kultur als fester Bestandteil der „Auswärtigen Propaganda-Arbeit“ verankert. Staatseigenen Medienunternehmen (insbes. Radio China International, CCTV, Xinhua-Nachrichtenagentur) wird eine wichtige Rolle in der Förderung chinesischer Softpower zugewiesen. Die globale Präsenz chinesischer Medien wird – in Konkurrenz zu globalen Konzernen wie CNN oder Al Jazeera – mit großem Mitteleinsatz ausgebaut. Programmatisch führend, wenn auch operativ im Hintergrund bleibend, ist in diesen Bemühungen die Zentrale Propaganda-Abteilung der Kommunistischen Partei.

Neuer Führungs- und Gestaltungswille unter Xi Jinping seit 2012¹⁴

Sich ändernde ideologische Prioritäten in China, der persönliche Einfluss von Spitzenpolitikern sowie Machtverschiebungen und Umbrüche im globalen Umfeld haben immer wieder zu Neuausrichtungen der chinesischen Außenpolitik geführt. So positionierte sich die VRC von der Gründung 1949 bis zu Beginn der 1960er Jahre im Bündnis mit den sozialistischen Staaten. Nach dem Bruch mit der UdSSR ergab sich unter dem Einfluss der innenpolitischen Radikalisierung während der Kulturrevolution eine Phase der außenpolitischen Isolation. Hieraus brach die kommunistische Führung seit Beginn der 1970er Jahre mit der schrittweisen Annäherung an den Westen aus und begründete seit 1978 die nach offiziellen chinesischen Darstellungen bis heute andauernde „unabhängige Außenpolitik des Friedens“. Kontinuitäten seitdem zeigen sich in der fortschreitenden Einbeziehung in transnationale Handels- und Kapitalströme, in einer deutlichen Abschwächung militärischer Sicherheitsbedrohung sowie in einer extremen außenpolitischen Sensibilität in allen Fragen, die Chinas nationale Souveränität und territoriale Integrität berühren.

Unter Xi Jinping weist die Außenpolitik Chinas seit 2013 in struktureller, konzeptioneller und praktischer Hinsicht markante Neuerungen auf: Strukturell fallen die Maßnahmen zur Straffung und Zentralisierung der Entscheidungsfindung auf (siehe den Beitrag von Matthias Stepan). Konzeptionell kehrt China seit einigen Jahren der alten außenpolitischen Richtlinie Deng Xiaopings den Rücken zu, nach der die innere Entwicklung Chinas entschlossen voranzutreiben sei, außenpolitisch aber Zurückhaltung und die Ablehnung einer Führungsrolle in den internationalen Beziehungen zu praktizieren seien. Unter Xi Jinping hingegen hat die VRC die Bereitschaft erklärt, nunmehr einen aktiveren Beitrag zur Gestaltung der internationalen Ordnung und zur Bereitstellung globaler kollektiver Güter (etwa in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz oder Cybersicherheit) zu leisten. Die Führung demonstriert Gestaltungs- und Führungswillen in offensiv propagierten Schlagwörtern wie dem „China-Modell“ oder der „China-Lösung“, in denen die Lektionen des eigenen Modernisierungspfades als Vorbilder für andere Länder empfohlen werden. Es geht also von nun an nach Auffassung Xi Jinpings nicht mehr darum, auf Entwicklungen im Ausland zu reagieren oder von anderen gesetzte Regeln auf das eigene Land zu übertragen, sondern selbst die „strategische Initiative“ zu ergreifen und kraftvoll-proaktiv das internationale Umfeld so zu gestalten, dass der „China-Traum“ vom „großen Wiederaufblühen der chinesischen Nation“ Wirklichkeit werden kann.¹⁵ Dieses neu gewonnene Selbstbewusstsein zeigt sich in einer Vielzahl von diplomatischen Aktivitäten und Maßnahmen in den unterschiedlichen Politikfeldern der Sicherheits- oder Handelspolitik, in einem zunehmend rücksichtslosen Agieren in der Verteidigung eigener Territorialansprüche in Ostasien oder in Initiativen zur Schaffung neuer bzw. Weiterentwicklung bestehender multilateraler Gruppierungen. Über all diese Entwicklungen wird im nachfolgenden Kapitel anhand von ausgewählten Fallbeispielen informiert.

Partnerschaft und Rivalität in den chinesischen Außenbeziehungen

Dieses Kapitel widmet sich der für den Inhalt dieser Gesamtstudie zentralen Frage, inwieweit Chinas Außenbeziehungen Muster von Partnerschaft und Rivalität aufweisen. Diese lässt sich jedoch kaum pauschal beantworten und steht all zu oft unter dem Eindruck tagesaktueller Ereignisse. Aus diesem Grund wird im Folgenden ein Vorgehen anhand von beispielhaften Themenfeldern gewählt, das einem einheitlichen Schema folgt: Zu Beginn steht jeweils ein kurzer thematischer Einstieg, der illustrieren soll, wo uns dieses Thema in der westlichen Medienberichterstattung begegnet. Daraus werden Fragen abgeleitet. Daran anschließend wird insbesondere die chinesische Perspektive beleuchtet und die Faktenlage objektiv dargestellt. Abschließend erfolgt auf der Basis der einschlägigen wissenschaftlichen Forschungsergebnisse eine Einordnung und Diskussion.

Themenfeld 1: Die VRC und die Seidenstraßeninitiativen¹⁶

Thematischer Zugang

Die Seidenstraßeninitiativen gelten als DAS Prestigeprojekt der chinesischen Führung um Xi Jinping und haben dementsprechende Schlagzeilen gemacht. Vor allem die Größenordnungen, um die es geht, Investitionen in Höhe von über 900 Mrd. US\$ stehen im Raum, haben für Aufsehen gesorgt. Immer wieder wird der Vergleich dieses „Jahrhundertprojekts“ mit dem Marshallplan gezogen, mit dem die USA nach 1945 Westeuropas wirtschaftlichen Aufschwung in die Wege leiteten (die Höhe der Hilfgelder seinerzeit bewegte sich nach heutigen Verhältnissen um etwa 130 Mrd. US\$).¹⁷ Viele Kommentatoren nehmen die langfristigen geostrategischen Konsequenzen des größten Infrastrukturvorhabens eines einzelnen Landes jenseits seiner eigenen Grenzen ins Auge. Demnach seien die Initiativen nichts anderes als der Ausdruck des chinesischen Wunsches, auf ganz neuen Wegen eine neue Weltordnung unter eigener Führung zu schaffen, ähnlich zur Zeit des chinesischen Kaiserreiches, als das Reich der Mitte das Zentrum des Welthandels war. Selbst Deutschland bleibt von den Initiativen nicht unberührt: Der sogenannte Seidenstraßenzug von China nach Hamburg oder Duisburg (über mehr als 11.000 km über Kasachstan, Russland, Weißrussland und Polen) weckt Hoffnungen, dass über den Schienenweg ein dritter Transportweg (neben der zeitaufwändigen See- und der teuren Luftfracht) zwischen China und Deutschland etabliert werden könnte.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- Was verbirgt sich konkret hinter den Seidenstraßeninitiativen?
- Welche Ziele verfolgt China damit?
- Wie sind die Initiativen zu bewerten?

Die Perspektive der VRC¹⁸

Die chinesische Führung stellt ganz bewusst den Bezug zur antiken Seidenstraße her: diese wird portraitiert als Sinnbild für den „Geist von Kooperation, gegenseitigem Lernen, Freundschaft und Frieden zwischen Zivilisationen, Rassen und Kulturen“; sie sei das Symbol für ein großes gemeinsames Erbe der Menschheit, das uns heute noch als Inspiration dienen sollte. Die heutigen Seidenstraßeninitiativen werden wie folgt charakterisiert: sie seien keineswegs eine exklusive Initiative Chinas, die andere ausschließe, sondern offen gestaltet, inklusiv ausgerichtet, als Ausdruck von Kooperation zum allseitigen, ausgeglichenen Nutzen („Win-Win-Situation“). Dahinter stehe ein „2-Wege-Modell“: dieses berücksichtige die Wünsche der jeweiligen Partnernationen, Projektentwicklung und -durchführung erfolgten immer gemeinsam nach dem Prinzip der Transparenz gegenüber Dritten. Die Projekte stünden auch immer im Einklang mit und als Ergänzung zu den jeweiligen Entwicklungsstrategien der beteiligten Länder zum Zwecke der Förderung der grenzüberschreitenden Verbindungen (Konnektivität) in Infrastruktur, Handel, Finanzen und zwischenmenschlichem Austausch. Übergeordnete Zielsetzungen der Initiativen seien Frieden und Wohlstand, denn wirtschaftliche Entwicklung, d.h. vor allem der Bau von Infrastruktur, sei der Schlüssel für die Lösung aller Probleme. In den Initiativen komme ein neues Verständnis von „gemeinsamer, umfassender, kooperativer und nachhaltiger Sicherheit“ zum Ausdruck, sie stellten ein neues Modell der internationalen Kooperation und des globalen Regierens (global governance) dar. Sie zeigten in besonderem Maße, dass China bereit sei, größere Verantwortung einzugehen und Verpflichtungen zu schultern innerhalb der eigenen Möglichkeiten, um somit zur Zukunft der Menschheit einen eigenen Beitrag zu leisten. Die Initiativen seien längst auch bereits vom Stadium der Vision in das der praktischen Anwendung vorgedrungen, Vorteile der Initiative seien schon bereits jetzt greifbar: entlang der Seidenstraßen habe die VRC in den Jahren 2014 bis 2016 bereits bis zu 50 Mrd. US\$ investiert, in mehr als 20 Ländern 56 Wirtschaftszonen errichtet, 180.000 Arbeitsplätze geschaffen und für Steuermehreinnahmen in den Ländern in Höhe von über 1 Mrd. US\$ gesorgt.

Die Faktenlage

Die Seidenstraßeninitiativen oder „Ein Gürtel, eine Straße“ (im Englischen „One Belt, One Road“ (OBOR) oder „Belt and Road Initiative“ (BRI)) bestehen aus zwei einzelnen, später zusammengeführten Vorstößen: dem im September 2013 bei einem Besuch in Kasachstan von Xi Jinping vorgestellten „Seidenstraßenwirtschaftsgürtel“ und der von Xi Jinping während einer Rede vor dem indonesischen Parlament im Oktober 2013 angekündigten „Maritimen Seidenstraße für das 21. Jahrhundert“. Konkret umfassen die Initiativen eine Vielzahl von geplanten Infrastrukturprojekten zum Bau von Fernstraßen bzw. Autobahnen, Schnellzugstrecken, Häfen bzw. Flughäfen und Kraftwerken in Ländern Zentral, Süd- und Ostasiens bis nach Afrika und dem Nahen Osten (für eine grafische Darstellung des geografischen Umfangs der Initiativen siehe den Bei-

trag von Jörn-Carsten Gottwald). Mittlerweile haben sich 65 Staaten den Initiativen angeschlossen, im Mai 2016 nahmen über 1000 Delegierte aus über 100 Ländern an einem Seidenstraßen-Gipfel in Beijing teil (wichtige Staaten wie die USA, Japan oder Indien fehlten aber). Die VRC hat zur Finanzierung der Initiativen bereits große Summen bereitgestellt: So existiert seit 2014 ein sogenannter Seidenstraßenfonds in Höhe von 40 Mrd. US\$, der in Zukunft sogar noch um weitere Mittel (die Rede ist von 14,5 Mrd. US\$) aufgestockt werden soll. Wesentlich auf Chinas Initiative ins Leben gerufen wurde ferner die multilaterale Asiatische Infrastrukturinvestitionsbank (AIIB, Asian Infrastructure Investment Bank), die über ein Grundkapital von 100 Mrd. US\$ verfügt und deren Ausstattung v.a. für Projekte im Rahmen der Seidenstraßeninitiativen verwendet werden soll.¹⁹

Einordnung und Diskussion

Chinas Seidenstraßeninitiativen sind Teil einer übergeordneten „Infrastrukturaußenpolitik“²⁰: Chinas Außenpolitik richtet sich nun nämlich darauf aus, durch neue Finanzierungsinstrumente und großangelegte Infrastrukturprojekte chinazentrierte Strukturen in den Nachbarregionen und darüber hinaus zu verwirklichen. Sie versinnbildlichen die chinesische Vision eines transkontinentalen Wirtschaftsraums Eurasien, mit Hilfe dessen Terrorismus, ethnischem Separatismus und religiösem Fundamentalismus durch ökonomische Entwicklung und Modernisierung der Boden entzogen werden sollen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass der „Seidenstraßengürtel“ und die „Maritime Seidenstraße“ keine bis ins Detail ausgearbeiteten Projektkataloge darstellen, sondern eher eine riesige Projektionsfläche bieten, unter der alle möglichen Projektideen (teilweise auch solche, die schon lange vorher existierten) von chinesischen Städten, Provinzen oder Staatsunternehmen nun gegenüber der Führung mit größeren Erfolgchancen als zuvor angemeldet werden können. Im Einzelnen lassen sich die folgenden politischen und wirtschaftlichen Interessen Chinas im Zusammenhang mit den Initiativen ausmachen: Chinesische Unternehmen in den Branchen Stahl, Zement, Bau oder Transport leiden seit längerem unter großen Überkapazitäten und Verschuldung. Die BRI stellt damit eine Möglichkeit dar, neue Geschäftsfelder im Ausland zu erschließen. Auch bietet sich mit ihnen ein Weg, um Chinas große Devisenreserven zu einträglicheren Zwecken einzusetzen als für den Kauf von ausländischen Staatsanleihen, die kaum noch Rendite abwerfen in Zeiten der Niedrigzinspolitik. Ferner dient der Seidenstraßenwirtschaftsgürtel dazu, eher arme chinesische Provinzen im Südwesten des Landes ökonomisch voranzubringen und die Unruheregion Xinjiang mittels Anbindung an die benachbarten zentralasiatischen Staaten zu befrieden.

Will man die Initiativen bewerten, so lässt sich folgendes vorläufiges Fazit ziehen: Zweifellos existiert in Asien, Afrika und dem Nahen Osten ein großer Bedarf an Infrastruktur, der von den jeweiligen Staaten allein bisher nicht gedeckt werden konnte. Auch haben die chinesischen Firmen, die sich in den Projekten beteiligen, gezeigt, dass sie entsprechende Infrastrukturvorhaben im eigenen Land effektiv umsetzen können.

Trotz dieser durchaus möglichen positiven Effekte werden die Initiativen aber im westlichen Ausland nicht uneingeschränkt begrüßt. In Europa vor allem deswegen, weil finanzielle Risiken, Sicherheitsbedenken, mögliche mangelhafte Sozial- oder Umweltstandards bei den geplanten Mammutinvestitionen in Eisenbahntrassen, Kraftwerken oder Hafenanlagen nicht auszuschließen sind. Nicht wenige Vertreter der europäischen Wirtschaft warnen zudem vor einer Vertiefung eines „Einbahnstraßenhandels“²¹, dass nämlich China die neuen Verbindungen vor allem dazu nutzt, seine eigenen Waren besser in Westeuropa absetzen zu können, gleichzeitig aber den eigenen Markt weiterhin abschottet. Menschenrechtsorganisationen betrachten die Initiativen vielfach als ein Elitenprojekt, das der normalen Bevölkerung gar nicht zugute komme, ja sogar Misswirtschaft und Korruption in vielen Ländern verstetigen dürfte. Auch ist in vielen Fällen gar nicht klar, ob die geplanten Projekte wie zum Beispiel Kraftwerke oder Hafenanlagen überhaupt wirtschaftlich betrieben werden können und damit einen Ertrag abwerfen, der zur Rückzahlung von ausgegebenen Krediten dienen könnte. Letztlich muss man vor einer ungeprüften Übernahme der im Raum stehenden Zahlen bzw. Größenordnungen warnen: Allein die geplanten chinesischen Investitionen in Hochgeschwindigkeitszugstrecken würden sich auf mehr als 140 Mrd. US\$ summieren. Viele der angekündigten Projekte (zum Beispiel in Libyen wegen des Bürgerkriegs oder in Mexiko wegen lokaler Proteste) blieben aber bereits im Planungsstadium stecken. Auch ist es bei weitem nicht so, dass nun die chinesischen Auslandsinvestitionen ausschließlich in die Zielländer entlang der Seidenstraßen strömen würden. Westliche Analysen²² haben belegt, dass weiterhin ein Großteil der Direktinvestitionen Chinas in karibische Steuerparadiese (Virgin und Cayman Islands), nach Singapur, Australien, die USA oder Westeuropa fließt, mithin in die reichen Industrieländer und die Rohstoffexporteure. Neben den finanziellen Risiken für chinesische Industrieunternehmen und Banken besteht noch ein weiteres, übergeordnetes Problem für die VRC: Zunehmend droht sie (genauer ihre Staatsbürger und Firmen vor Ort) nämlich in den Partnerländern in ethnische Spannungen oder Bürgerkriege hineingezogen zu werden. Was diese Initiativen langfristig bedeuten, ob sie wirklich zu einer Kräfteverschiebung zugunsten Chinas führen werden, ist noch nicht absehbar. Durch den Rückzug der USA unter Donald Trump eröffnen sich für China durchaus neue Chancen der Einflusssteigerung in den jeweiligen Regionen, eine Dominanz Chinas allein durch die Initiativen ist aber angesichts der geschilderten Risiken keineswegs zwangsläufig.

*Die VRC und die Taiwan-Frage*²³

Thematischer Zugang

Taiwan wird in westlichen Schilderungen oft als „abtrünnige Provinz“ Chinas beschrieben, als kleine, demokratisch verfasste Inselrepublik im Schatten des riesigen, autoritär regierten „großen Bruders“, der VRC. Besondere Schlagzeilen macht Taiwan meist im Zusammenhang mit seinen Wahlen und den Reaktionen Beijings darauf, den Warnun-

gen, dass niemals das „Ein-China-Prinzip“ bzw. die „Ein-China-Politik“ verletzt werde dürfte und den Ermahnungen, unter allen Umständen die Wiedervereinigung zwischen beiden Seiten zu realisieren.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- Woher rührt der Konflikt zwischen beiden Seiten?
- Was bedeutet die „Ein-China-Frage“? Welchen Status hat Taiwan heute?
- Welche Lösungsmöglichkeiten gibt es? Ist eine Wiedervereinigung zwischen China und Taiwan eine realistische Option?

Die Perspektive der VRC²⁴

Nach Auffassung der Regierung in Beijing existiert seit 1949 nur noch ein China, nämlich die Volksrepublik; die seinerzeitige Republik China hörte auf zu existieren. Dies sei eine international allseitig anerkannte Tatsache. Grundlage für alle weiteren Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße sei die Anerkennung des „Ein-China-Prinzips“, wonach Taiwan ein unabtrennbarer Teil Chinas sei. Unabhängigkeitsbestrebungen auf Taiwan zur Schaffung von „ein China, ein Taiwan“ oder „zwei Chinas“ seien das Ergebnis secessionistischer, nicht-repräsentativer Kräfte auf Taiwan und seien zum Scheitern verurteilt. Zur Lösung des Konflikts bietet die VRC die Wiedervereinigung unter der Formel „Ein Land, zwei Systeme“ an: Demnach könne Taiwan nach einem Beitritt zur VRC mittels der Beibehaltung eines separaten Wirtschafts-, Währungs- und Zollterritoriums sowie einer eigenständigen Regierungsstruktur, ja sogar separaten Streitkräften, noch wesentlich weitergehende Autonomierechte erwarten als Hongkong.

Die Faktenlage

Die Taiwan-Frage hat ihren Ursprung im chinesischen Bürgerkrieg von 1927 bis 1949 zwischen den Kommunisten unter Mao Zedong und der Kuomintang-Partei unter Chiang Kai-shek. Letzterer flüchtete nach der Niederlage auf dem Festland und der Ausrufung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 mit seinen Truppen auf die Insel Taiwan, die 1945 von den Japanern nach 50-jähriger Besatzung an China zurück gegeben worden war. Auf Taiwan führte er quasi als Alleinherrscher die Regierung der Republik China fort, sodass sich nach dem Ausbruch des Korea-Kriegs 1950 und dem damit beginnenden Kalten Krieg in Ostasien beide Seiten fast 30 Jahre unversöhnlich gegenüber standen. Zu Bewegung kam es erst mit der Reform- und Öffnungspolitik in der VRC und den ab Ende der 1980er Jahre beginnenden politischen Reformen auf Taiwan. Heute ist Taiwan eine funktionierende Demokratie, mehrere Runden von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen haben zu Machtwechseln geführt. Im Zuge der politischen Entwicklungen auf dem Festland und auf Taiwan haben sich insbesondere die wirtschaftlichen Beziehungen dynamisch entwickelt,²⁵ wobei ein klares Ungleichgewicht zu verzeichnen ist: Taiwan ist von China viel abhängiger als dies um-

gekehrt der Fall ist: So wickelt Taiwan ca. ein Viertel seines Außenhandels mit China ab, umgekehrt macht der Handel mit Taiwan nur ca. 5 % des Gesamthandels der VRC aus. Ein ähnliches Bild wachsender taiwanischer Abhängigkeit ergibt sich auch bei der Investitionstätigkeit: das Festland ist das Ziel von rund 60 % aller taiwanischen ausländischen Direktinvestitionen, andererseits liegt Taiwans Anteil an den von China empfangenen Investitionen aus dem Ausland gerade einmal bei rund 4 %. Nach den offiziellen taiwanischen Zahlen beschäftigen ca. 100.000 taiwanische Unternehmen auf dem Festland (konzentriert vor allem in den Küstenregionen Chinas) über 14 Millionen chinesische Arbeiter. Etwa eine Million taiwanischer Geschäftsleute lebt mit ihren Familien dauerhaft auf dem Festland. Ein großer Teil der IT-Produktion Taiwans ist mittlerweile auf das Festland verlagert worden. Auch der Tourismus zwischen beiden Seiten floriert mittlerweile, auch hier allerdings sehr ungleichmäßig verteilt: während bereits ca. 90 Millionen Besuche von Taiwanern auf dem Festland zu verzeichnen sind (bei einer Gesamtbevölkerungszahl Taiwans von 23 Millionen) kamen erst ca. 24 Millionen Chinesen auf die Insel.

Mit der Zunahme des wirtschaftlichen und touristischen Austauschs seit den 1990er Jahren entstand die Notwendigkeit einer Koordinierung zwischen beiden Seiten in technischen und administrativen Angelegenheiten. Als Ergebnis davon wurden eine Vielzahl von Vereinbarungen zu direkten Flug- und Schiffsverbindungen, Post- und Telekommunikationsdienstleistungen, Lebensmittelsicherheit, Finanzen, Fischereianglegenheiten, Produktstandards und zum Schutz geistigen Eigentums getroffen. Diese Vereinbarungen wurden aber ausgehandelt zwischen halbamtlichen Vermittlungsorganisationen, da zwischen China und Taiwan weiterhin keine offiziellen zwischenstaatlichen Beziehungen existieren.

Außenpolitisch ist Taiwan weitgehend isoliert: Die VRC verlangt von ihren diplomatischen Partnern, dass sie keine offiziellen Beziehungen zu Taiwan unterhalten. Als zum Beispiel Panama im Juni 2017 offizielle diplomatische Beziehungen zur VRC aufnahm, beendete es gleichzeitig die zuvor bestehende Anerkennung der Republik China. Gegenwärtig (Stand: November 2017) unterhält Taiwan als Republik China offizielle diplomatische Beziehungen zu 20 Staaten, darunter vor allem kleinere Länder bzw. Inseln in Ozeanien, Mittel- und Südamerika; in Europa zählt dazu nur der Vatikanstaat. Die Bundesrepublik Deutschland verfügte nach 1949 nie über diplomatische Beziehungen zur Republik China, seit 1972 erkennt sie offiziell nur die VRC an. Deutsche Interessen in Taiwan werden vertreten durch das „Deutsche Institut Taipeï“, umgekehrt unterhält Taiwan in Deutschland inoffizielle Beziehungen in Form von vier „Taipeh Vertretungen“. Aufgrund von Druck aus der VRC kann Taiwan auch nur in solchen internationalen bzw. regionalen Organisationen Mitglied sein, in denen aus Beijings Sicht ein völkerrechtlicher Status als unabhängiger Staat nicht Voraussetzung für die Aufnahme ist. Unterhalb dieser Schwelle aber kann Taiwan unter der Bezeichnung „Chinese Taipei“ in Spezialorganisationen wie etwa der Asian Development Bank und dem Internationalen Olympischen Komitee teilnehmen. Nie aber darf Taiwan die Bezeichnung „Republic of China“ (ROC) in internationalen Organisationen oder Foren nutzen.

Einordnung und Diskussion

Die Taiwan-Frage ist ein Kernproblem der chinesischen Politik und in ihrer Bedeutung für die VRC nicht zu unterschätzen. Der Insel kommt im chinesischen sicherheitspolitischen Denken eine große symbolische und geostrategische Bedeutung zu, die durch Chinas Ambitionen, zukünftig eine Seemacht zu werden, im Wettbewerb mit den USA und Japan gegenwärtig noch verstärkt wird (siehe den Beitrag von Sarah Kirchberger). Vor allem aber ist die Taiwan-Problematik das zentrale Symbol des chinesischen Nationalismus. So wird von Seiten Chinas die Rückgewinnung und Reintegration der Insel in das „Mutterland“ als Voraussetzung dafür angesehen, das „Jahrhundert der Erniedrigungen“ (von Mitte des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts) als historische Episode zu beenden und den Wiederaufstieg Chinas in den Rang einer Weltmacht abschließend zu verwirklichen. Taiwan ist also nicht nur ein territoriales Problem, sondern emotional aufgeladen als Frage der nationalen Ehre und gilt als wesentlicher Prüfstein für das Ansehen der chinesischen Staatsführung. Der Kern der Auseinandersetzung zwischen China und Taiwan besteht dabei im gegenwärtigen politischen bzw. völkerrechtlichen Status Taiwans und der zukünftigen Lösung des Konflikts. Für die Volksrepublik ist Taiwan ein integraler Bestandteil des eigenen Staatsterritoriums; mit der Formel „Ein Land, zwei Systeme“ gibt Beijing weiterhin ohne Kompromisse die Marschrichtung für die zukünftige Lösung der Taiwan-Frage, das heißt die Wiedervereinigung beider Seiten, vor. Demgegenüber hält Taiwan unter dem Namen „Republik China“ unverändert an seinem Status als eigenständiger Staat fest, der seit 1949 als von der VRC getrenntes Territorium regiert wird.²⁶ Jeglicher Austausch mit Beijing müsse stets von der Grundlage der Verfassung der Republik China ausgehen und nach parteiübergreifender Auffassung die Interessen der Bewohner Taiwans in den Mittelpunkt rücken. Eine Wiedervereinigung komme aus Sicht Taiwans nur im Rahmen eines demokratischen, freien und wohlhabenden Chinas in Frage. Die taiwanische Bevölkerung selbst, und dies geht aus allen Meinungsumfragen in Taiwan klar hervor, sieht das chinesische Angebot, Taiwan den Status einer Sonderverwaltungszone ähnlich Hongkongs unter kommunistischer Herrschaft zuzugestehen aber als eine Unterwerfungsstrategie an. In der Tat begreifen sich heute bis zu 60 % der Bewohner der Insel in erster Linie als Taiwaner, nur eine verschwindend geringe Minderheit strebt eine baldige Vereinigung an. Eine große Mehrheit von über 60 % befürwortet das Festhalten am Status quo. Eine substanzielle Minderheit von mehr als 20 % spricht sich sogar für eine formelle Unabhängigkeit Taiwans aus. Diese seit längerer Zeit konstanten Zahlen²⁷ belegen, dass Beijings Strategie, Taiwan in ein Netz von wirtschaftlicher Abhängigkeit zu verwickeln, um so zur Verwirklichung der Wiedervereinigung bzw. zumindest zur Eindämmung von Unabhängigkeitsbestrebungen auf Taiwan zu gelangen, an ihre Grenzen stößt. Zweifellos ist seit den frühen 1990er Jahren ein wirtschaftlicher Austausch in den Bereichen Handel und Investitionen in Gang gekommen, der nicht wenige Beobachter bereits von einer „wirtschaftlichen Vereinigung“ sprechen lässt. Dies ist auch zutreffend, wenn man

allein auf die ökonomischen Kennziffern schaut. Andererseits haben sich aber keineswegs, wie von der VRC erhofft, ausgehend von den wirtschaftlichen Abhängigkeiten Schritte hin zu einer von Beijing angestrebten politischen Lösung realisieren lassen. Im Gegenteil: Da beide Seiten in den Kernfragen der nationalen Einheit bzw. Identität und Regierungsform unverändert unüberbrückbare Differenzen aufweisen und es an tragfähigen institutionalisierten Mechanismen der Kommunikation und Konfliktbeilegung mangelt, kann der Taiwankonflikt trotz einer gewissen Entspannung in den letzten Jahren jederzeit aufs Neue eskalieren; diese Möglichkeit ist umso gefährlicher, als die Führung der VRC weiterhin nicht dazu bereit ist, die militärische Option in der Taiwan-Frage aufzugeben, sie ist im sog. „Antisezessionsgesetz“ der VRC als ausdrückliche Option genannt. Wie im Beitrag von Sarah Kirchberger ausgeführt, richtet sich die chinesische Armee ganz wesentlich auf ein Taiwan-Szenario aus. Insbesondere die Stationierung von inzwischen schätzungsweise 1100 Kurzstreckenraketen an der Taiwan gegenüberliegenden Küste sowie das moderne chinesische Arsenal an Unterseebooten und Kampfflugzeugen haben die lange Zeit gegebene militärische Balance in der Taiwan-Straße zu Gunsten der VR China verändert.

Eine Schlüsselrolle in der Taiwan-Frage kommt den USA zu. Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VRC 1979 bekennen sich die Vereinigten Staaten zu einer Ein-China-Politik zugunsten der VR China. Andererseits unterhalten die USA aber breit gefächerte Sonderbeziehungen unterhalb der diplomatischen Ebene zu Taiwan, die sich auf den vom amerikanischen Kongress verabschiedeten „Taiwan Relations Act“ (TRA, 1979) stützen. Dieser ist nicht ein Verteidigungsvertrag im völkerrechtlichen Sinne, sondern wird in Washington als „political commitment“ zur Unterstützung Taiwans verstanden. Das Hauptinteresse der USA liegt in der Beibehaltung des Status quo, also der Sicherung von „Frieden und Stabilität“ in der Taiwan-Straße.²⁸

Die Taiwan-Frage stellt damit seit langem eine der größten sicherheitspolitischen Herausforderung in Asien dar und könnte womöglich sogar eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen China und den USA auslösen.

Themenfeld 3: Die VRC und der Nuklearkonflikt auf der koreanischen Halbinsel²⁹

Thematischer Zugang

Die Atomversuche und Raketentests Nordkoreas sind in der Presseberichterstattung in den Jahren 2016 und 2017 immer wieder der Auslöser gewesen, um die Rolle Chinas dabei kritisch zu hinterfragen. Der Tenor war dabei der gleiche: Stets wurde die Aufforderung an China gerichtet, seinen Verbündeten zur Raison zu bringen, den Druck auf ihn zu erhöhen, seiner Verantwortung gerecht zu werden und v.a. die beschlossenen Sanktionen gegen Nordkorea endlich effektiv umzusetzen.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- Was verbindet und trennt China und Nordkorea?
- Welche Interessen bzw. Ziele verfolgt China? Welche Mittel werden dabei eingesetzt?
- Wie groß ist Chinas Einfluss auf das Regime in Pyöngyang? Entzieht sich China also der Verantwortung, entschlossen gegen den Norden vorzugehen?

Die Perspektive der VRC³⁰

Das chinesische Eingreifen in den Koreakrieg wird bis heute als „gerechter Krieg zur Abwehr einer Invasion“ aufgefasst, der mit einem Sieg Chinas über die USA geendet habe. Der chinesisch-nordkoreanische Freundschaftsvertrag gilt weiterhin als ein unverzichtbares Element für die Friedenssicherung auf der koreanischen Halbinsel, der die USA und den Südkorea davon abgehalten habe, eine Vereinigung der Insel unter ihrer Führung anzustreben. Allerdings habe Nordkorea mit seinem Vorgehen in den letzten Jahren, das die Sicherheit Chinas gefährde, seinerseits die Prinzipien des Vertrages verletzt. Das amerikanisch-südkoreanische Bündnis wird von der chinesischen Regierung als „Relikt des Kalten Krieges“ sehr kritisch beurteilt. Der Nuklearkonflikt auf der koreanischen Halbinsel wird als „Widerspruch zwischen den USA und Nordkorea“ betrachtet. Dabei gehe es in erster Linie nicht um das politische System des Nordens, dessen Ideologie oder seinen Führer, sondern um eine Sicherheitsfrage: Nordkorea wolle Sicherheit gegenüber der amerikanischen Bedrohung und betreibe zu diesem Zweck sein Waffenprogramm. Zu den Raketen- und Nukleartests Nordkoreas bzw. zu einer möglichen Lösung des Konflikts äußert sich die VRC wie folgt: China verurteilt regelmäßig die Tests als Verstoß gegen Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats und der Normen des Völkerrechts, die die Sicherheit und den Frieden in Ostasien gefährdeten. Die im Jahre 2017 von Donald Trump unternommene verschärfte Rhetorik gegenüber Nordkorea, v. a. die kaum verhohlenen Drohungen mit militärischen Schlägen, werden von Beijing aber gleichfalls kritisiert. Prinzipiell sei nämlich auf die gerechtfertigten Sicherheitsinteressen aller Parteien, auch die Nordkoreas, Rücksicht zu nehmen. Zu Sanktionen nimmt China eine differenzierte Position ein: diese seien kein Selbstzweck, sondern nur ein Bestandteil der UNO-Resolutionen. Sie seien aber zu ergänzen durch Schritte aller Konfliktparteien zur Ermöglichung der Wiederaufnahme der seit 2009 ruhenden sogenannten „Sechs-Parteien-Gespräche“. Als ersten Schritt, um aus dem „gegenwärtigen Teufelskreis aus sich verschärfenden Spannungen auszubrechen“ spricht sich die VRC für die sogenannte „doppelte Suspendierung“³¹ aus: Nordkorea solle sein Raketen- und Nuklearprogramm aussetzen und im Gegenzug sollten Südkorea und die USA auf ihre Militärmanöver zur Einschüchterung des Nordens verzichten. Mit diesem Vorschlag biete China eine konstruktive Lösung zur Bearbeitung des Konflikts an; eine weitergehende Verantwortung, nämlich Druck auf das Regime in Pyöngyang auszuüben, wie dies die USA forderten, lehnt die VRC ab, da, wie bereits gesagt, der Konflikt im Kern zwischen den USA und Nordkorea existiere.

Die Faktenlage

Korea und China gemeinsam ist die traumatische Erfahrung der japanischen Besatzungszeit: Themen wie die japanische Kriegsschuld, Kriegsverbrechen und Wiedergutmachungsforderungen bleiben in der kollektiven Erinnerung wie auch in Politik, Medien und Schulbildung in beiden Koreas wie auch in China ungebrochen präsent. Nach der japanischen Kapitulation 1945 entstanden auf der koreanischen Halbinsel im Norden die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) und im Süden die Republik Korea. Zwischen den Führungen von VRC und DVRK bestanden seit Revolutionszeiten Mitte der 1940er Jahre enge politische, ideologische und auch persönliche Verbindungen (u. a. zwischen Mao Zedong und Kim Il-sung). Nordkorea nahm im Oktober 1949 als einer der ersten Staaten diplomatische Beziehungen zu der neu gegründeten VRC auf. Chinas Unterstützung für Nordkorea im Koreakrieg (1950 bis 1953) führte zu einer direkten militärischen Konfrontation mit den USA.³² In deren Verlauf kamen hunderttausende chinesische Soldaten ums Leben, die als „Volksfreiwillige“ unter dem Banner sozialistischer Solidarität und zur Abwendung eines befürchteten amerikanischen Vorstoßes nach China hinein an der Seite nordkoreanischer Truppen in den Krieg zogen. Durch den Koreakrieg wurde eine Bündnisstruktur und ein Einfluss von Drittstaaten etabliert (die UdSSR und China an der Seite des Nordens, die USA an der Seite des Südens), die vier Jahrzehnte lang für Chinas Engagement auf der koreanischen Halbinsel bestimmend blieben. Die chinesisch-sowjetischen Rivalitäten seit Ende der 1950er Jahre nutzte die DVRK, um die beiden Mächte gegeneinander auszuspielen und militärische wie ökonomische Unterstützung zu maximieren. Die Reform- und Öffnungspolitik Chinas wurde nach 1979 von der nordkoreanischen Führung zunächst als „Revisionismus“ abgelehnt, sodass die chinesisch-nordkoreanischen Beziehungen merklich abkühlten. Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 eröffnete der Koreapolitik der chinesischen Regierung gänzlich neue Optionen. Gegenüber Nordkorea mussten nun weniger Rücksichten genommen werden. Und das wirtschaftliche Kooperationspotenzial mit Südkorea konnte gezielt genutzt werden: Bereits im August 1992 nahmen China und Südkorea diplomatische Beziehungen auf und Nordkorea musste eine rasante Zunahme des chinesisch-südkoreanischen Austauschs seit den 1990er Jahre hinnehmen. Formell beruhen die Beziehungen der VRC zur DVRK bis heute auf dem 1961 unterzeichneten Vertrag über „Freundschaft, Kooperation und gegenseitige Hilfe“. Dieser wurde in den Jahren 1981 und 2001 um jeweils 20 weitere Jahre verlängert, läuft als noch bis zum Jahr 2021. Hierbei handelt es sich um einen Bündnisvertrag, der aufgrund einer unbedingten gegenseitigen Beistandspflicht im Falle eines militärischen Angriffs für die Außenbeziehungen der VRC einzigartig ist. China ist bis heute für das international isolierte Regime in Pyöngyang der wichtigste Handelspartner und die Hauptquelle für Nahrungsmittel- und Energielieferungen (v. a. für Öl). China ist für ca. 90% der nordkoreanischen Ausfuhren und Einfuhren verantwortlich, umgekehrt spielt dieser Handel für die VRC aber keinerlei Rolle und liegt bei weniger als 0,1% des gesamten chinesischen Außenhandels. Zudem hat die VRC Nordkorea regelmäßig im UNO-Sicherheits-

rat vor Strafmaßnahmen wegen Menschenrechtsverletzungen bewahrt. Angesichts der durch nordkoreanische Nuklear- und Raketentests in den letzten Jahren ausgelösten Spannungen ist China jedoch schrittweise von seinem Partner abgerückt. Selbst weitgehende UNO-Sanktionen gegen Nordkorea seit 2016 (zum Beispiel Einfuhrverbote für wichtige nordkoreanische Exportgüter wie Textilien oder Kohle) hat China zuletzt mitgetragen.

Einordnung und Diskussion

Wie viel Einfluss China tatsächlich auf Nordkorea hat, lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Die gegenseitigen Kontakte unterliegen größter Geheimhaltung und verlaufen in erster Linie über die beiden kommunistischen Parteien, die Geheimdienste und das Militär, der ökonomische Austausch nicht zuletzt über undurchsichtige, verschachtelte, teils illegale Firmenkonstrukte, unter anderem in Drittstaaten. Auf welche Weise und mit welchem Effekt chinesische Politiker hinter verschlossenen Türen auf die nordkoreanische Führung einzuwirken versuchen, bleibt ein Geheimnis. Dokumentiert ist allerdings, dass seit den 1990er Jahren die chinesische Regierung immer wieder, bislang aber weitgehend wirkungslos, die Einleitung wirtschaftlicher Reformen in der DVRK angemahnt hat. Aufgrund dieses – auch für chinesische Verhältnisse außergewöhnlichen – nahezu vollständigen Mangels an Transparenz wird in westlichen Medien immer wieder spekuliert über mögliche Richtungsänderungen oder Geheimpläne der chinesischen Koreapolitik (etwa Überlegungen zu einer „friedlichen Wiedervereinigung“ Koreas oder Planungen der chinesischen Armee zum Einmarsch in Nordkorea im Falle einer Regimekrise). Kaum je haben sich derartige Spekulationen im Zeitverlauf durch tatsächliche chinesische Initiativen oder Aktionen aber erhärten lassen.

Chinas Hauptinteresse besteht in der Aufrechterhaltung des Status quo auf der koreanischen Halbinsel, was Beijing unter den Schlagwörtern des „dreifachen Nein“ (keine Raketen, kein Kollaps, kein Krieg) auch offen kommuniziert. Die VRC verfügt mit Nordkorea über eine mehr als 1.400 km lange gemeinsame Grenze, und in der nordostchinesischen Provinz Jilin lebt eine große ethnisch-koreanische Minderheit. Aufgrund der geographischen Nähe insbesondere auch zur chinesischen Hauptstadt Beijing haben Stabilität oder Instabilität auf der koreanischen Halbinsel eine unmittelbare sicherheitspolitische Bedeutung für China. Im Falle eines Kollapses des nordkoreanischen Regimes wäre mit einem massenhaften Flüchtlingsstrom nach Nordostchina zu rechnen. Dass es sich hierbei um ein sehr konkretes Szenario handelt, wurde 1996 demonstriert, als im Zuge einer Hungersnot zehntausende Nordkoreaner nach China flüchteten. Käme es zu einem atomaren Schlagabtausch auf der koreanischen Halbinsel würde der nukleare Fallout über dem dichtbesiedelten Nordostchina und der Hauptstadtregion Beijing/Tianjin niedergehen. Der chinesische Wunsch nach Aufrechterhaltung des Regimes von Kim Jong-un in Nordkorea hat noch einen anderen Hintergrund: Nordkorea dient als Pufferzone zwischen China und Südkorea, das rund 30.000 amerikanische Truppen beherbergt. Im Falle einer Wiedervereinigung Koreas unter Führung Seouls

stünde aus chinesischer Sicht zu befürchten, dass die bislang in Südkorea stationierten amerikanischen Truppen bis an die chinesische Grenze heranrücken könnten und China mit einer von den USA geführten ostasiatischen Allianz aus Japan, Taiwan und einem vereinigten Korea konfrontiert werden könnte. An einem nuklear gerüsteten Nordkorea hat aber auch China kein Interesse. Denn es fürchtet einen Rüstungswettlauf in der Region, der zu einem Ausbau des US-geführten Allianzsystems oder gar zu einer nuklearen Bewaffnung Japans oder Südkoreas führen könnte. Aus diesem Grund setzte sich die VRC seit 2003, als Nordkorea aus dem multilateralen Vertrag zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (NPT) ausscherte, als Gastgeber und Mittler für die *Sechs-Parteien-Gespräche* (Teilnehmer: China, die beiden Koreas, die USA, Russland und Japan) ein mit dem Ziel, die von Nordkorea ausgelöste Nuklearkrise beizulegen. Seit dem Abbruch der Sechs-Parteien-Gespräche durch Nordkorea 2009 ist aber auch dieser Weg versperrt und das nordkoreanisch-amerikanische Verhältnis befindet sich in einer Sackgasse. Zur Aufrechterhaltung des Regimes in Pyöngyang haben neben dem Handel zunehmende Investitionen chinesischer Staatsfirmen in Nordkorea beigetragen. Chinas Unternehmen unterliegen in ihrem Engagement in Nordkorea nicht den geografischen Beschränkungen auf spezielle Investitionszonen, die für südkoreanische Firmen gelten. Chinesische Firmen erlangten deshalb Zugang unter anderem zu Kohlegruben und mineralischen Rohstoffvorkommen und beteiligten sich auch an der Modernisierung von Hafenanlagen auf nordkoreanischem Territorium. Hierdurch soll aus chinesischer Regierungssicht nicht nur Nordkorea stabilisiert, sondern es sollen auch neue grenzübergreifende Entwicklungsmöglichkeiten für Chinas nordöstliche Provinzen eröffnet werden.

Es ist abschließend nüchtern festzuhalten, dass der Primat des Status quo Chinas Koreapolitik konstant bestimmt und ohne eine Systemkrise in Nordkorea voraussichtlich auch nicht aufgegeben wird. Die chinesische Regierung steckt in einem Dilemma fest und bewegt sich in ihrer Koreapolitik auf einem schmalen Grat: Um eine Destabilisierung des nordkoreanischen Regimes mit der Gefahr eines letztendlichen Zusammenbruchs zu verhindern, weicht Beijing Sanktionen gegen Pyöngyang immer wieder auf oder höhlt die Umsetzung (zumindest teilweise) aus. Es ist aber zwischen Experten ohnehin umstritten, ob Sanktionen allein überhaupt in der Lage wären, Nordkorea von seinem Atomprogramm abzubringen. Indem militärische Droh- und Erpressungspraktiken Nordkoreas aber de facto immer wieder von der VRC hingenommen werden (müssen), liefert sich die chinesische Regierung selbst den unberechenbaren Vorstößen und Aktionen der nordkoreanischen Führung aus und setzt ihre eigene Sicherheit aufs Spiel. Zudem geraten die Versuche, sich als verantwortliche Großmacht zu etablieren immer wieder in Glaubwürdigkeitskrisen, da der Erwartungsdruck des Westens, China müsse „mehr“ gegen Nordkorea unternehmen, mit jeder nordkoreanischen Provokation ansteigt. Angesichts der dauerhaft prekären Lage des nordkoreanischen Herrschafts- und Wirtschaftssystems wird die koreanische Halbinsel für die chinesische Regierung also ein Gegenstand permanenten sicherheitspolitischen Krisenmanagements bleiben.

Fallbeispiel 4: Die VRC und maritime Konflikte in Ostasien

China hat in den letzten Jahren die Konflikte um umstrittene Landgrenzen mit seinen Nachbarn (zum Beispiel Russland) größtenteils beigelegt, teilweise mit erstaunlichen Konzessionen. Diese Landgebiete liegen aber weit entfernt, sind wenig besiedelt, beherbergen wenige Ressourcen und besitzen kaum strategische Bedeutung. Diese Ausgangssituation unterscheidet sich damit fundamental von den maritimen Konflikten in Ostasien. Wegen der besonderen Konstellationen werden nachfolgend die Konflikte Chinas im Ost- und Südchinesischen Meer getrennt voneinander behandelt.

Der Konflikt um die Senkaku-/Diaoyu-Inseln³³

Thematischer Zugang

Nationalistische, anti-japanische Demonstrationen in China haben in den letzten Jahren immer wieder für Aufsehen gesorgt. Dabei wurden zum Beispiel japanische Geschäfte boykottiert oder Fahnen verbrannt. Die Auslöser für diese Aktionen standen meist im Zusammenhang mit dem Streit um die japanisch Senkaku- und chinesisch Diaoyu-Inseln bezeichneten Gebiete im Ostchinesischen Meer.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- Warum ist dieses Inselgebiet für China so wichtig?
- Warum fokussiert sich der chinesische Patriotismus bzw. Nationalismus gerade darauf?
- Welche Ziele verfolgt China, welche Mittel werden dabei eingesetzt?

Die Perspektive der VRC

In Statements des chinesischen Außenministeriums, einem offiziellen Weißbuch aus dem September 2012 und eigener Internetseiten werden die Positionen Chinas zum Ausdruck gebracht:³⁴ Zunächst beteuert die Regierung der VRC, dass stabile und friedliche Beziehungen zwischen China und Japan im Interesse der beiden Länder und der gesamten internationalen Gemeinschaft lägen. Der Ursprung des Konflikts, so Beijing, liege darin, dass Japan im Zuge seiner aggressiven Expansion zum Ende des 19. Jahrhunderts, nach dem chinesisch-japanischen Krieg 1895, die Inseln als Teil Taiwans illegal an sich gerissen hätte. In den Kriegs- und Nachkriegskonferenzen der Alliierten von 1941 bis 1945 sei aber klar bestimmt worden, dass alle von Japan gestohlenen Territorien an China zurückgegeben werden sollten. Dieser Verpflichtung hätten sich die USA entzogen, als sie zunächst im Vertrag von San Francisco 1951 die Inseln als Teil von Okinawa unter eigene Verwaltung stellten und dann in einem „Hinterzimmerdeal“ 1971 die Diaoyu-Inseln an Japan übergeben hätten. Demgegenüber seien aber die Inseln schon seit Jahrhunderten Teil des chinesischen Kaiserreichs

gewesen, was auf Karten hinreichend dokumentiert sei. China sei nun aber nicht mehr länger schwach wie in den vergangenen 100 Jahren und werde deshalb nicht mehr länger Verletzungen seiner territorialen Souveränität, seiner legitimen Rechte und Interessen einfach hinnehmen.

Die Faktenlage

Zwischen China und Japan schwelt im Ostchinesischen Meer einer der brisantesten maritimen Territorialkonflikte der asiatisch-pazifischen Region (Taiwan ist ebenfalls ein Konfliktpart und erhebt die deckungsgleichen Ansprüche wie die VRC). Neben Ansprüchen auf die Ausbeutung umfangreicher Ressourcen (Öl- und Gasfelder, Fischreichtum) im Festlandssockel östlich von Shanghai geht es um die Kontrolle der Diaoyu- bzw. Senkaku-Inseln. Dieses Seegebiet hat eine wichtige strategische Bedeutung als Transitgebiet für Handels- oder Kriegsschiffe auf dem Weg in den Pazifik. Die ungefähr 180 km nordöstlich von Taiwan gelegenen unbewohnten acht Inseln und Riffe der Diaoyu-/Senkakus mit nur etwas mehr als sechs Quadratkilometern Größe waren als Teil Taiwans 1895 nach dem chinesisch-japanischen Krieg an Japan gefallen und von den USA nach 1945 zusammen mit Okinawa besetzt worden. Seit der Rückgabe durch die USA im Jahre 1972 übt Japan die Kontrolle über die Inseln aus. Die chinesische Regierung (wie auch die taiwanische) bestreitet diese Kontrolle und hat den eigenen Anspruch auf die Diaoyu-Inseln im Gesetz der VR China über das Küstenmeer (1992) verankert.

Der Konflikt wird nicht nur mittels historisch-rechtlicher Kontroversen ausgetragen. Vielmehr ist die Inselgruppe insbesondere 1990, 1996, 2004/2005, 2010 und 2012 zum Schauplatz direkter Konfrontationen geworden. Chinesische Fischfang- oder Forschungsschiffe (deren Aktivitäten wohl der Exploration von Rohstoffvorkommen in dieser Meeresregion dienen) treffen häufig in den umstrittenen Seegebieten auf die japanische Küstenwache, von der sie teils gewaltsam gestoppt werden. Zudem dringen Flugzeuge der chinesischen Luftwaffe oder des Küstenschutzes immer wieder bis unmittelbar an die Grenze des japanischen Luftraumes vor, was zum Aufsteigen japanischer Kampfflugzeuge führt, die den Auftrag haben, diesen gegen chinesisches Eindringen zu verteidigen. Auch kam es mehrfach zu Zwischenfällen, in denen japanische, taiwanische oder chinesische Aktivisten Hoheitszeichen oder Leuchtfeuer auf den Riffen anbrachten. Im November 2013 erklärte die VRC ohne vorherige Konsultation anderer Staaten über dem umstrittenen Seegebiet im Ostchinesischen Meer die Errichtung einer „Luftverteidigungs- und Identifikationszone“ (Air Defense Identification Zone, ADIZ). Flugzeuge, die durch dieses Gebiet fliegen, müssten sich, so Beijing, zuvor anmelden. Die angrenzenden Staaten Japan, Südkorea, Taiwan und die USA lehnten die Errichtung der ADIZ ab und halten sich bis zum heutigen Tag nicht an die Vorgaben Beijings, das aber seinerseits nichts unternommen hat, um der ADIZ Geltung zu verschaffen. Die USA sind durch ihr Bündnis mit Japan eine indirekt beteiligte weitere Konfliktpartei; sie haben bereits erklärt, dass sich ihre Beistandspflicht für Japan auch auf die Inseln bezieht.

Einordnung und Diskussion

Die Kontroverse um die Inseln ist nur durch eine Einordnung in den allgemeinen Kontext der chinesisch-japanischen Beziehungen zu verstehen, die in besonderer Weise geprägt sind durch die Schatten der Geschichte. Die Kommunistische Partei Chinas feiert den Sieg im „antijapanischen Widerstandskrieg“ bis zum heutigen Tag als ein Fundament ihrer Herrschaftsberechtigung und nutzt verbreitete antijapanische Haltungen in der Bevölkerung, um sich als Verteidigerin der nationalen Würde Chinas zu präsentieren. Nach chinesischer Auffassung hat kein anderes Land dem Reich der Mitte größeres Leid zugefügt als Japan: Die erzwungene Abtretung Taiwans an Japan durch den Vertrag von Shimonoseki 1895, die japanische Übernahme der ehemals deutschen Territorien in Nordostchina nach dem Ersten Weltkrieg, das japanische Eindringen zunächst 1931 in der Mandschurei, dann nach 1937 der äußerst opferreiche chinesisch-japanische Krieg werden als Belege für japanische Aggression und japanisches Dominanzstreben gegenüber China angeführt. Mangelnde Bereitschaft, sich der Verantwortung für die eigene Geschichte zu stellen, zeigt sich aus chinesischer Perspektive in: japanischen Schulbüchern, in denen Japans Schuld an Kriegsverbrechen in China relativiert wird; wiederkehrenden Besuchen japanischer Ministerpräsidenten am Yasukuni-Schrein (dort wird auch hingerichteter japanischer Kriegsverbrecher gedacht); unzureichenden symbolischen Entschuldigungsgesten der japanischen Regierung während wechselseitigen Staatsbesuchen. Nach weithin vertretener chinesischer Auffassung hat sich Japan bis heute nicht angemessen für die Gräueltaten der Kriegszeit beim chinesischen Volk entschuldigt und hat auch keine konsequente Vergangenheitsbewältigung mittels Forschung, Bildung und Aufklärung betrieben (in diesem Zusammenhang werden in China die deutschen Bemühungen um offene Thematisierung und intensive Erforschung von Nazi- und Kriegsverbrechen häufig als positives Referenzmodell angeführt). Wiederkehrende Krisen in den bilateralen Beziehungen werden immer wieder ausgelöst durch Aussagen oder symbolische Akte japanischer Politiker, die auf chinesischer Seite als Würdigung verurteilter japanischer Kriegsverbrecher und als anti-chinesische Provokation aufgenommen werden. Im Kern wird das bilaterale Verhältnis heute aber geprägt durch eine virulente machtpolitische Rivalität zwischen Japan und China um die Führungsrolle in Asien. Durch die jüngsten Verschiebungen von ökonomischen und militärischen Kräfteverhältnissen zu Chinas Gunsten ist diese Rivalität in eine neue Phase eingetreten. Hinzu kommt, dass China das japanische Bündnis mit den USA als gegen China gerichtete Institution aus Zeiten des Kalten Krieges kritisch bewertet und v.a. Revisionen der japanischen „Friedensverfassung“ von 1947 oder eine größere sicherheitspolitische Rolle Japans als Indikatoren für ein „Wiederaufleben des japanischen Militarismus“ rundweg ablehnt. Einen wichtigen Gegenstand chinesischen Misstrauens bildet der von Japan und den USA seit 1998 gemeinsam betriebene Aufbau eines regionalen Raketenschutzes, der nordkoreanische Angriffe oder Provokationen verhindern soll. Japan seinerseits betrachtet die forcierte Modernisierung der chinesischen Luftwaffe und Marine als Herausforderung für die Offenheit der Seewege im Umfeld Japans.

Vor dem Hintergrund dieses ohnehin schon belasteten Verhältnisses spielt sich nun v.a. seit 2010 der besagte Inselkonflikt ab. Aufgrund der symbolischen, wirtschaftlichen und strategischen Bedeutung ist die Inselgruppe immer wieder zum Schauplatz direkter Konfrontationen zwischen China und Japan geworden. Beide Seiten, China und Japan, agieren wie bei einem ritualisierten Katz- und Maus-Spiel, wenn sie wiederholt Flottenverbände, Küstenschutzschiffe oder Flugzeuge in die Nähe der Inseln entsenden, um den eigenen Anspruch zu demonstrieren. Sehr schnell können dabei kleinere Vorfälle außer Kontrolle geraten, die das Gesamtgefüge der chinesisch-japanischen Beziehungen ernsthaft gefährden können. Dies zeigte sich zum Beispiel im September 2010, als der Kapitän eines chinesischen Fischerbootes nach der Kollision mit einem Schiff der japanischen Küstenwache von den japanischen Behörden festgenommen wurde. Unmittelbar danach kam es zu anti-japanischen Protesten in China, zur Absage offizieller Besuchsprogramme und Unterbrechung chinesischer Exporte wichtiger Rohstoffe (sogenannter seltener Erden) nach Japan. Die Spannungen wurden erst nach einigen Wochen mit der von chinesischen Internet-Aktivisten als „Sieg über Japan“ gefeierten Rückkehr des Kapitäns nach China entschärft. Die jüngeren Zwischenfälle belegen, dass bisherige Schritte zur Konfliktregelung (u.a. eine Verständigung von 2001 zur Benachrichtigung vor Schiffsfahrten in das umstrittene Gebiet sowie eine Absichtserklärung von 2008 zur gemeinsamen Ressourcenausbeutung) neuerliche Vorfälle nicht verhindern konnten. China und Japan betreiben mit ihren Versuchen, im umstrittenen Seegebiet Präsenz zu zeigen und Nadelstiche gegenüber der andere Seite zu setzen, eine gefährliche Strategie: durch die Vielzahl an Schiffen und Flugzeugen beider Seiten vor Ort sind Zwischenfälle stets möglich, die das Potenzial in sich bergen, eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen China und Japan auszulösen. Eine Beilegung des Konflikts unter Hilfe von dritter Seite erscheint bis auf Weiteres ausgeschlossen.

Der Konflikt im Südchinesischen Meer³⁵

Thematischer Zugang

Kaum ein anderes Thema hat in den letzten Jahren für schärfere Kritik an China gesorgt als dessen Vorgehen im Südchinesischen Meer. Das Aufschütten von künstlichen Inseln, Anlegen von Flughäfen oder Stationieren von Raketen gilt vielen Beobachtern als Zeichen rücksichtsloser chinesischer Expansion und einseitiger Provokationen in Missachtung des Völkerrechts.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- Worum geht es in diesem Konflikt, warum ist dieser überhaupt so wichtig?
- Wie geht die VRC konkret vor, wie ist dieses Verhalten zu bewerten?
- Wie gefährlich ist die gesamte Situation in diesem Gebiet?

Die Perspektive der VRC

In der Sichtweise der VRC³⁶ verfüge das eigene Land über die Souveränität über das gesamte Südchinesische Meer, da China bereits vor Jahrhunderten die Inselgruppen entdeckt, erschlossen, bewirtschaftet und effektiv sowie kontinuierlich verwaltet habe; umfangreiche historische Quellen (zum Beispiel Seekarten) bewiesen dies, andere Staaten hätten diesen Umstand auch allgemein bis in die 1970er Jahre anerkannt. Erst mit der Entdeckung von Ressourcenvorkommen zu diesem Zeitpunkt hätten andere Staaten plötzlich Souveränitätsansprüche angemeldet. Wenn es laut der chinesischen Regierung in den letzten Jahren zu einer Verschärfung der Situation gekommen sei, dann liege dies nicht an China, sondern an den USA, die durch die angekündigte Kräfteverschiebung nach Asien („pivot to Asia“) andere Staaten zur Infragestellung des Status quo bewegt hätten. Eigene Maßnahmen in der letzten Zeit zu Aufbauarbeiten an den eigenen Riffen seien Angelegenheiten innerhalb des chinesischen Hoheitsrechts und stellten keine „Militarisierung“ dar, da sie sich nicht gegen andere Länder richteten. China betreibe nur eine nachholende Strategie, da die Philippinen oder Vietnam bereits zum Beispiel über Flughäfen auf den Spratlys verfügten. Vielmehr trügen die USA durch die Entsendung von Schiffen und Flugzeugen in die Konfliktregion die Verantwortung für eine Eskalation. Die VRC reklamiert für sich, dass sie an fünf Grundsätzen festhalte: Frieden und Stabilität im Südchinesischen Meer, eine friedliche Lösung durch Konsultationen und Verhandlungen, ein geeignetes Management der Konflikte auf der Basis von Regeln, die Freiheit der Navigation und gemeinsamer Nutzen für alle Beteiligten. Externe Akteure, auch internationale Gerichte, haben demnach kein Mitspracherecht, alle Streitigkeiten sollten zwischen den beteiligten Parteien auf bilateralem Wege beigelegt werden.

Die Faktenlage

Das Südchinesische Meer umfasst eine Meeresoberfläche von mehr als 3,5 Millionen Quadratkilometer. Zu ihm gehören vier Inselgruppen, die Paracel-, Pratas- und Spratly-Inseln sowie das Scarborough-Riff. Es ist eine der wichtigsten globalen Schifffahrtsstraßen, ca. ein Drittel des globalen Handels mit etwa 5 Billionen US-Dollar wird hierüber transportiert. Zudem werden hierüber die ostasiatischen Staaten (China, Japan, Korea) mit Energie und Rohstoffen versorgt. Das Seegebiet verfügt außerdem über wichtige Fischbestände und gilt als reich an Öl- und Gasvorkommen. Die Kontrolle über dieses Seegebiet hat also eine enorme strategische und ökonomische Bedeutung. Konfliktparteien sind China, Taiwan, Vietnam, die Philippinen, Malaysia und Brunei. Die Ansprüche Chinas und Taiwans sind historisch bedingt deckungsgleich und beziehen sich auf alle Teile des Südchinesischen Meeres. China kontrolliert zur Zeit die Paracel-Inseln, die auch von Vietnam beansprucht werden sowie das Scarborough-Riff, das die Philippinen für sich reklamieren. Taiwan besitzt die Pratas-Inseln und die größte natürliche Insel der Spratlys, Itu Aba. Die zu der Spratly-Inselgruppe gehörenden Riffe, Felsen und Atolle werden ansonsten von Vietnam, den Philippinen und Malaysia besetzt, lediglich

Brunei stellt zwar Gebietsansprüche, hat aber keine physische Präsenz. Die USA und Europa mahnen alle Seiten zu friedlicher Konfliktlösung, zu Dialog und Kooperation und setzen auf eine maritime Ordnung auf der Grundlage des Seevölkerrechts.

Einordnung und Diskussion

Der Konflikt im Südchinesischen Meer dreht sich wie oben bemerkt einerseits um Ressourcen. Eine strategische Relevanz gewinnt das Territorium durch den entstehenden Großmachtkonflikt Chinas mit den USA über Prinzipien der Freiheit der Schifffahrtswege oder exklusive Seekontrolle. Letztlich sind die Souveränität und Hoheitsrechte über die Inseln zu einer symbolischen Frage der nationalen Ehre auf allen Seiten geworden, China ist darauf aus, seinen rechtmäßigen Status als maritime Großmacht zu demonstrieren. Ein Hauptproblem bei der Bearbeitung des Konflikts liegt an dessen schwieriger Verrechtlichung: So existiert bereits Konfusion über Zahl und Bezeichnungen der Archipele, die teilweise bei Flut unter Wasser liegen; die UNO-Seerechtskonvention von 1982 (in Kraft seit 1994) bestimmt zwar den rechtlichen Status der Landerhebungen im Meer nach dem Grundsatz „Landbesitz bestimmt die Rechte zur See“, die sich daraus ergebenden Details bleiben aber umstritten, zum Beispiel hinsichtlich der Rechte in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (die sich seewärts von den Küsten aus bis zu einer Breite von 200 Seemeilen (350 km) erstreckt). Ende 2002 erklärte sich die chinesische Regierung grundsätzlich zur Ausarbeitung eines Verhaltenskodexes (Code of Conduct) gemeinsam mit den ASEAN-Staaten bereit, der eine friedliche Austragung und Beilegung der Streitigkeiten ermöglichen soll, eine Verwirklichung steht jedoch bis heute aus. Ein Schiedsspruch des Ständigen Schiedsgerichtshofs in Den Haag im Juli 2016 verwarf Chinas Ansprüche auf fast das gesamte Südchinesische Meer als unvereinbar mit dem Völkerrecht. Der rechtlich bindende Beschluss ist aber nicht durchsetzbar, da die VRC die Zuständigkeit für den Schiedsspruch nicht akzeptiert und auf ihren Positionen beharrt.

Bereits bis in die 1990er Jahre hinein war es immer wieder zu kleineren militärischen Auseinandersetzungen Chinas mit den Philippinen oder Vietnam gekommen. Zwar gab die VR China in der Folgezeit den Souveränitätsanspruch auf die reklamierten Gebiete im Südchinesischen Meer keineswegs auf. Die chinesische Außenpolitik aber verfolgte noch in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts den pragmatischen Ansatz, ungeachtet differierender Rechtsauffassungen den Konfliktparteien eine gemeinsame Exploration der Rohstoffvorkommen anzubieten. Dieses Vorgehen gehört aber seit der Machtübernahme Xi Jinpings der Vergangenheit an. Die chinesischen Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Ansprüche lassen sich seitdem als „kontrollierte Aggression“³⁷ charakterisieren: Die VRC zielt darauf ab, schrittweise den Status quo zu ihren Gunsten zu verändern, d.h. vollendete Tatsachen zu schaffen, hinter die nicht zurückgefallen werden kann. Dabei setzt sie seit Ende 2013 nicht zuletzt auf die Errichtung bzw. den Ausbau künstlicher Inseln auf Landerhebungen, die bereits ihrer Kontrolle unterstehen (in den Spratlys sind dies sieben Riffe). Auf diesen hat sie eine für zivile und militärische

Zwecke nutzbare Infrastruktur (Landebahnen, Hafenanlagen, Kontroll- und Kommunikationseinrichtungen) errichtet.³⁸ Zwar haben auch andere Staaten ähnliche Schritte unternommen, Intensität, Umfang, Geschwindigkeit der Militarisierung sind aber einzigartig. Damit einher geht die massive Aufrüstung der chinesischen Küstenwache, die vor Ort regelmäßige Patrouillen durchführt sowie der Einsatz unkonventioneller Maßnahmen wie von sog. „maritimen Milizen“, also Fischerbooten, die in umstrittenen Gebieten Präsenz zeigen, Besatzungen ausländischer Fischerboote festsetzen oder Seeminen ausbringen. Da gleichzeitig auch die USA immer wieder im Rahmen ihrer Maßnahmen zur Sicherung der freien Seewege (sog. „freedom of navigation operations“, FONOPS) Schiffe und Flugzeuge in die Nähe der von China ausgebauten Inseln entsenden, besteht die Gefahr von unbeabsichtigten, gegebenenfalls nur schwer einzugrenzenden militärischen Zwischenfällen.

Themenfeld 5: Die VRC und die Ausgestaltung der (zukünftigen) Weltordnung³⁹

Thematischer Zugang

Als Ergebnis des langjährigen wirtschaftlichen Aufstiegs der VRC stellt sich innerhalb des Landes und im Ausland die Frage, was China mit der neugewonnenen Macht anfangen solle, könne und wolle. Dieses Thema ergibt sich seit der Amtsübernahme Donald Trumps als US-Präsident umso dringender, als dieser unter dem Schlagwort „Amerika zuerst“ eine konfrontativere Haltung gegenüber China zumindest verbal angekündigt und erste Schritte des Rückzugs aus der Region Asien-Pazifik bereits besprochen hat (zum Beispiel mit dem Ausstieg aus dem Transpazifischen Partnerschaftsabkommen TPP). Zu diesem Zeitpunkt finden natürlich Maßnahmen Chinas, wie die Annäherung an Russland – sei es bilateral oder im Rahmen multilateraler Gruppierungen wie der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) – oder die Kooperation mit weiteren nicht-demokratischen Staaten wie Iran oder Pakistan im Westen besondere Aufmerksamkeit. Daraus ergeben sich folgende Fragen:

- Wie stellen sich die Beziehungen der VRC zum Westen, den USA und der EU, heute dar?
- Bildet sich eine neue anti-westliche Allianz um China und Russland heraus?
- Was bedeutet dies für die (zukünftige) globale Ordnung?

Die Perspektive der VRC

Für das Verhältnis zu den USA hat die chinesische Führung unter Xi Jinping ein eigenes außenpolitisches Konzept unter der Bezeichnung „Neuer Typ von Großmachtbeziehungen“⁴⁰ vorgestellt. Damit verbindet sie folgende Erwartungen bzw. Handlungsauffor-

derungen: Zuallererst sollten beide Seiten Konflikten und Konfrontationen aus dem Weg gehen und nicht die Fehler wiederholen, die in der Vergangenheit immer wieder zu Kriegen zwischen einer etablierten Weltmacht und einer aufstrebenden, neuen Großmacht führten (zum Beispiel Großbritannien versus Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, USA und Japan vor dem Zweiten Weltkrieg). Um dies sicherzustellen, müssten die USA und China einander mit gegenseitigem Respekt begegnen, d.h. die USA müssten Chinas politisches System, seinen Entwicklungsweg und seine außenpolitischen Kerninteressen anerkennen. Letztlich sollten sich Washington und Beijing auf die Themen konzentrieren, in denen großes Potenzial für vertiefte Kooperation bestehe, nämlich Terrorismusbekämpfung, Cybersicherheit, Klimaschutz, Nichtverbreitung von Kernwaffen, die Schaffung von Frieden im Nahen Osten oder wirtschaftliche Entwicklung in Afrika. Der Blick Chinas auf die EU kommt in zwei sog. „Policy Papers“ zum Ausdruck: Beide Seiten teilten demnach das Ziel, eine multipolare Welt zu schaffen und sich als Vertreter von zwei bedeutenden Zivilisationen ohne fundamentale Interessenkonflikte für gemeinsame Entwicklung und Frieden einzusetzen. Zwar tritt die VRC in ihren Kommentaren für die Einheit und Stabilität der EU ein, im Zusammenhang mit der Eurozonnenkrise fielen in den Jahren 2015 und 2016 aber auch immer wieder schärfere Töne in öffentlichen Stellungnahmen:⁴¹ Die Krise in Europa und das Aufkommen populistischer Strömungen seien Indizien für den Verfall westlicher, universeller Werte und politischer Konzepte. Die Parteipresse in Beijing verweist demgegenüber immer stärker auf die Überlegenheit der chinesischen Politikansätze gegenüber dem Westen im „Wettbewerb der Systeme“. Für die Ausgestaltung der zukünftigen Weltordnung sieht die VRC eine besondere Rolle der UNO als „universalste, repräsentativste und autoritativste“ zwischenstaatliche Organisation. Diese solle im Zentrum der Entscheidungen stehen bei der Bearbeitung globaler Konflikte und gemeinsamer Herausforderungen, vor der die gesamte Welt stehe (Friedenssicherung, wirtschaftliche Entwicklung etc.). Allerdings müsse die UNO selbst fortentwickelt werden und den Entwicklungs- und Schwellenländern (zum Beispiel im Sicherheitsrat) mehr Gewicht einräumen.⁴²

Die Faktenlage

Die USA und China sind wirtschaftlich immer stärker durch Handels-, Investitions- und Währungsströme miteinander verschränkt. So sind beide Seiten füreinander der jeweils wichtigste Handelspartner, die USA stellen für China ungebrochen eine überaus wichtige Quelle für Technologien und Management-/Organisationsmethoden dar. China andererseits finanziert als größter Gläubiger der USA seit Jahren das US-Defizit und trägt über einen langen Zeitraum zum historisch niedrigen Niveau von Zinsen und Inflation in den USA bei. Mit der EU verbindet China ein Geflecht von regelmäßigen Gipfeltreffen und Zusammenkünften auf der Ebene von Arbeitsgruppen in einer Vielfalt von Themenbereichen von Sicherheitspolitik über Menschenrechte bis hin zu Urbanisierungsfragen oder Lebensmittelsicherheit. Im Rahmen der UNO hat China seine Beteiligung an Friedensmissionen stark ausgebaut und stellt beispielsweise unter den fünf permanenten Mitgliedern des Sicherheitsrats mit Abstand die größten Truppenkontingente zur Verfügung.

Zum Zwecke der Image-Aufwertung insbesondere unter Entwicklungs- und Schwellenländern führte die chinesische Diplomatie eine Serie multinationaler Großkonferenzen im eigenen Land sowie ausgedehnte Auslandsreisen hochrangiger Delegationen gerade auch in solchen Staaten durch, die westliche Regierungsvertreter nur selten aufsuchen. Für die Gipfeldiplomatie Chinas stehen als Sinnbilder die Gipfel der APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation) in Beijing 2014, der CICA (Conference on Interaction and Confidence Building Measures in Asia) im selben Jahr in Shanghai oder der BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) in Xiamen im Jahr 2017. Darüber hinaus wurden von der VRC zahlreiche informelle Gipfel unter Einbeziehung internationaler oder regionaler Meinungsführer als Alternative oder Ergänzung zu bereits bestehenden globalen Foren konzipiert. Beispielsweise wurde das „Boao Forum for Asia“ (Tagungsort Hainan) als regelmäßig abgehaltenes, hochkarätig besetztes regionales Forum nach dem Modell des „World Economic Forum“ (Tagungsort Davos) begründet.

Einordnung und Diskussion

Der Hauptbezugspunkt chinesischer Außenpolitik sind weiterhin die **Vereinigten Staaten**. Beijing und Washington teilen das Interesse an einer Bekämpfung transnationaler islamistischer Terrorgruppen. Auch sind sich die USA und China im Grundsatz einig in der Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Beendigung der Atomprogramme in Iran und Nordkorea. Zur Bearbeitung weiterer traditioneller und nicht-traditioneller Sicherheitsrisiken sind beide Seiten ebenfalls auf eine engere Kooperation angewiesen. Die Sicherheit der internationalen Seewege (Schutz vor Piraterie), der sichere Zugang zu Rohstoffen und Energieträgern, die Bekämpfung grenzüberschreitenden Drogenhandels, die Verhinderung der Ausbreitung ansteckender Krankheiten – all dies ist ohne effektive Abstimmung der beiden Veto-Mächte im UNO-Sicherheitsrat nicht erfolgreich zu leisten. In allen aufgeführten Problemfeldern stimmen China und die USA in der Definition allgemeiner Zielsetzungen überein. Was die Mittel zur Erreichung der Ziele angeht, liegen die Positionen der beiden Regierungen aber teils sehr weit auseinander. Hinzu treten alte Konflikte, neu auftretende Interessendivergenzen und ein tief verwurzeltes Misstrauen, die das bilaterale Verhältnis beeinträchtigen. Dies betrifft Souveränitätsfragen bezüglich Taiwan, Tibet und Xinjiang, die China wie oben beschrieben als nationale „Kerninteressen“ ansieht. Insbesondere die amerikanischen Waffenlieferungen an Taiwan werden von China als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ und gravierende Verletzungen der territorialen Integrität und nationalen Souveränität kritisiert. Politisch-normative Gegensätze, v.a. das Thema Menschenrechte, tragen ebenso zu einer Vielfalt von Konflikten bei: Die chinesische Regierung hegt den prinzipiellen Verdacht, dass in Washington zumindest Teile der Administration und des Kongresses einen Regimewechsel in China wünschen und anstreben. Diplomatische Friktionen lösen weiterhin chinesische Hilfen für autoritäre Systeme insbesondere in Myanmar, Sudan oder Simbabwe aus, denen schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen zur Last gelegt werden. Im Zuge der intensivierten Austauschbeziehungen hat ferner auch das außenwirtschaftliche Spannungspotenzial

stark zugenommen (siehe den Beitrag von Jörn-Carsten Gottwald). Des Weiteren sind es militärisch-strategische Interessenkonflikte in der asiatisch-pazifischen Region, die das bilaterale Verhältnis belasten. China ist im Grundsatz nicht bereit, sich mit der massiven Militärpräsenz der USA (etwa ein Fünftel der gesamten US-Streitkräfte untersteht dem Pacific Command) und der dominierenden sicherheitspolitischen Rolle der USA in der Region, basierend auf ihrem Allianzsystem mit Japan und Südkorea, abzufinden. Die Modernisierung der VBA dient nicht zuletzt wesentlich dazu, den Zugang der USA zum westlichen Pazifik einzuengen und ein Eingreifen zugunsten Taiwans zu verhindern (siehe den Beitrag von Sarah Kirchberger). Letztlich steht bei den meisten Konfliktgegenständen ein weitaus größeres Thema im Hintergrund: China ist kaum bereit, dauerhaft der Rolle einer – auf amerikanische Führungsansprüche Rücksicht nehmenden – „Juniormacht“ zu entsprechen. Umgekehrt ist nicht zu erwarten, dass die USA den chinesischen Aufstieg durch uneingeschränkte Konzessionsbereitschaft passiv hinnehmen werden.

Die **Europäische Union** spielt für chinesische außenpolitische Führungskräfte weder als Gegenbild noch als Leitbild eine maßgebliche Rolle. Als kollektiver Akteur wird sie vorwiegend im Bereich der internationalen Handelspolitik ernst genommen. Signifikant ist, dass – im Unterschied zu den Beziehungen Chinas mit den USA oder Japan – sicherheitspolitische Konfliktpunkte für die Entwicklung der chinesisch-europäischen Beziehungen in der diplomatischen Praxis bislang nahezu bedeutungslos sind. China und die EU sprechen sich – in bewusster Abgrenzung zu den USA unter Präsident Trump – für die Weiterentwicklung multilateraler globaler Regelwerke in der Handels- und Klimapolitik aus. Seit mehreren Jahren existierende Zielsetzungen einer „umfassenden strategischen Partnerschaft“ beider Seiten haben sich allerdings nicht erfüllt. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass zwar die EU (Gleiches gilt für Deutschland) und China durch Handel und Investitionen eng verflochten sind, das Spannungspotenzial jedoch in diesen Politikfeldern zuletzt deutlich zugenommen hat. So beklagen die Europäische Kommission oder einzelne EU-Mitgliedstaaten immer wieder Hürden beim Marktzugang in China, mangelnde Rechtsstaatlichkeit (zum Beispiel beim Schutz geistigen Eigentums) oder unfaire Handelspraktiken (zum Beispiel Dumping bei Stahl oder Solarpanels). China wirft der EU umgekehrt immer wieder selbst Protektionismus vor und fordert die Anerkennung als Marktwirtschaft sowie die Aufhebung des gegen China seit 1989 existierenden Waffenembargos.

Betrachtet man die generelle Einstellung Chinas zum Westen, so lässt sich eine klare Verschiebung seit der Amtsübernahme Xi Jinpings feststellen: vor 2012 gab es in der außenpolitischen Meinungsbildung in China keinen Zweifel daran, dass an der seit 1979 praktizierten Politik der Öffnung nach außen unbedingt festgehalten werden müsse. Dazu zählte auch ganz offen die Bereitschaft, vom Westen zu lernen. Seitdem hat sich der Ton jedoch deutlich verschärft: Immer unmissverständlicher ist aus Beijing von einem umfassenden politisch-ökonomisch-ideologischen „Systemwettbewerb“ (in Analogie zum Kalten Krieg) mit dem Westen die Rede, viel stärker tritt nun das Werben mit dem eigenen Erfolg nach außen, der anderen (auch dem Westen!) als Vorbild dienen

könne. In konkreten Schritten wendet sich die chinesische Führung vom Westen ab, etwa in den Beschränkungen für die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vor Ort in China oder der Bekämpfung westlicher Einflüsse im chinesischen Bildungssystem. Auch lassen sich Anhaltspunkte identifizieren für chinesische Versuche, den Westen im Allgemeinen oder die EU im Speziellen auseinander zu dividieren: dies gilt zum Beispiel für die Bemühungen, einzelne EU-Mitgliedstaaten, wie Griechenland, das durch chinesische Investitionen in den Hafen von Piräus profitiert hat, gegen China-kritische Resolutionen der EU zu positionieren sowie für geplante Waffenverkäufe Chinas an das NATO-Land Türkei, die erst durch die Intervention der USA gestoppt wurden. Diese Phänomene stellen noch keine Indizien dar, dass es zwangsläufig zur offenen, unumkehrbaren Konfrontation mit dem Westen oder gar zu militärischen Auseinandersetzungen mit den USA kommen müsste. Es ist aber eindeutig erkennbar, dass die Kräfte der ökonomischen Interdependenz und der Einbindung Chinas in multilaterale Vertragswerke allein nicht ausreichen werden, um konstruktive Beziehungen zwischen China und dem Westen aufrechtzuerhalten.

Parallel zu den zunehmenden Spannungen mit den USA und der EU hat in den letzten Jahren eine Annäherung zwischen China und **Russland** stattgefunden. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten in den letzten Jahren sind sogar besser als zur Zeit des Bündnisvertrages in den 1950er Jahren. Sie stellen aber noch keine anti-westliche Allianz dar, da beide Seiten keine gemeinsame Vision zur aktiven Ausgestaltung der Weltordnung oder Werte teilen. Stattdessen verbindet sie eine pragmatische Interpretation und Ausgestaltung von beiderseitigen Interessen. Diese bestehen in der gemeinsamen Ablehnung der globalen US-Vormachtstellung, dem geteilten Misstrauen gegenüber westlichen Versuchen der Förderung von Demokratie und Menschenrechten (gestützt auf NGOs, Onlinepropaganda), ähnlichen Vorstellungen zur Internetsouveränität und Kontrolle des Cyberraums, gemeinsamen Positionen im UN-Sicherheitsrat in internationalen Konflikten (zum Beispiel gemeinsame Vetos in Syrien-Krieg), der Schwächung des US-Bündnisystems und entsprechender Truppenstationierungen in der jeweiligen Umgebung (NATO-Osterweiterung, Pivot to Asia), der Bekämpfung von Terrorismus mittels der SCO und gemeinsamer Militärmanöver in deren Rahmen. Verbindend wirken zudem die wirtschaftlichen Interessen: China bezieht von Russland moderne Waffensysteme (Kampfflugzeuge, Kriegsschiffe, Luftabwehrraketen) und Energie, Russland erhält im Gegenzug Technologie, Kapital und Konsumgüter. Gleichzeitig dürfen jedoch auch die Grenzen der Annäherung bzw. das Spannungspotenzial nicht aus den Augen verloren werden: Auf beiden Seiten existiert ein ausgeprägtes, unausgeräumtes Misstrauen, das sich aus historischen Erfahrungen speist, in Russland zudem die Sorge, dass sich China in Zukunft als strategischer Wettbewerber entwickeln könnte. China versteht sich als asiatische Macht, während Russland auf Europa ausgerichtet bleibt. Mit besonderer Sorge verfolgt Russland das Ausgreifen Chinas mittels der Seidenstraßeninitiativen nach Zentralasien, das es seinen „Hinterhof“ bzw. seine Einflussphäre betrachtet. Immer wieder flammt zudem in Russland Kritik auf an der massenhaften Präsenz chinesischer Händler und

deren teils illegalen Aktivitäten im russischen Fernen Osten. In der Ukraine-Krise blieb die VRC offiziell neutral, bei zwei UNO-Resolutionen im März 2014 enthielt sie sich der Stimme. Auch wenn prinzipiell russische Sicherheitsinteressen in seinem unmittelbaren Umfeld durch China anerkannt wurden und dem Westen wegen der Unterstützung der „Farbenrevolution“ in der Ukraine eine Mitschuld an der Eskalation des Konflikts gegeben wurde, drückte Beijing doch gleichzeitig sein Unbehagen an der Annexion der Krim und v.a. der Volksabstimmung über deren Zugehörigkeit zu Russland aus, da diese einen Präzedenzfall für Taiwan oder Tibet bilden könnte. Letztlich präsentiert sich China gegenüber dem Westen in bewusster Abgrenzung zu Russland als ein letztlich verlässlicher, berechenbarer Partner.

Was Chinas Rolle in der Weltordnung anbetrifft, lässt sich Folgendes festhalten:⁴³ Die chinesische Regierung geißelt offen den Unilateralismus Amerikas und wirbt für eine multipolare Ordnung, in der Amerikas Dominanz durch andere Mächte (Russland, EU, China etc.) und durch eine Aufwertung der Vereinten Nationen ausbalanciert werden soll. Das vom US-Dollar dominierte Weltwährungssystem oder das US-Allianzsystem in Ostasien seien so zum Beispiel laut Beijing „Produkte der Vergangenheit“. Einer substantiellen, dauerhaften Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf internationale Organisationen wird in Beijing weiterhin mit Skepsis begegnet. Allerdings hat sich Chinas Souveränitätsanspruch seit den 1990er Jahren relativiert: Einschränkungen der eigenen Souveränität sind nicht länger grundsätzlich tabu, sofern greifbare Gegenleistungen im Interesse Chinas dafür entschädigen. Und falls die Zustimmung des UNO-Sicherheitsrates – also das Einverständnis oder die Duldung seitens Chinas, das als Ständiges Mitglied im Sicherheitsrat eine Veto-Position innehat – gegeben ist, akzeptiert die chinesische Regierung auch Interventionen in die inneren Angelegenheiten anderer Länder aus humanitären Gründen. Im multilateralen Rahmen bei der Bearbeitung konkreter Sachfragen vertritt China – am markantesten in der internationalen Klimapolitik – eine „gemeinschaftliche, aber differenzierte Übernahme internationaler Verantwortung“, abgestuft je nach unterschiedlichen nationalen Möglichkeiten und Vorbedingungen. China bieten sich durch dieses – Verhandlungsmöglichkeiten offen haltende – Bekenntnis zur multilateralen Kooperation neue Möglichkeiten, die konkreten Regeln internationaler Interaktion und Kooperation mitzugestalten. Chinas Vorstellungen zur Ausgestaltung der zukünftigen internationalen Ordnung bleiben jenseits allgemeiner Schlagworte (zum Beispiel Schaffung von „Multipolarität“, „Überwindung der US-Dominanz“) selbst in China aber weiterhin vage bzw. umstritten. In Chinas Führung besteht Einigkeit lediglich darin, dass das eigene Land einen ihm gebührenden Platz in der Welt von morgen einzunehmen verdiene, über die damit einhergehende Bereitschaft zur Übernahme entsprechender Kosten wird jedoch oft hinweggegangen. Im Grunde setzt die VRC auf Zeit und folgt dem klassisch marxistischen Ansatz des historischen Materialismus: mit zunehmender materieller Basis (d.h. Wohlstand/Macht) Chinas werde quasi automatisch-naturgesetzlich der politische Überbau (d.h. die internationale politische Ordnung) nach Chinas Vorstellungen umgebaut werden können.

Fazit und Ausblick

Die chinesische Außenpolitik weist also zahlreiche Besonderheiten auf, die das Verständnis für sie im Ausland erschweren. Diese gehen vor allem zurück auf uns wenig geläufige ideologische Konzepte und ein intransparentes Entscheidungssystem. Hinzu treten unter Xi Jinping seit 2012 markante Neuerungen, die jahrzehntelang vorhandene außenpolitische Grundprinzipien Chinas (zum Beispiel Passivität und Zurückhaltung zur Vermeidung offener Konflikte) bzw. Gewissheiten des Westens (zum Beispiel Chinas Selbstverpflichtung zur Öffnung nach außen) revidieren. In der Frage nach Partnerschaft und Rivalität sendet die chinesische Führung in der Gesamtschau in den letzten Jahren Signale in entgegengesetzte Richtungen aus: Einerseits tritt die VRC als Partner Europas in der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung multilateraler Vertragswerke in den Bereichen Handel und Umweltschutz auf. Auch leistet sie gemeinsame Beiträge zur Bekämpfung nichttraditioneller Sicherheitsbedrohungen (zum Beispiel Kampf gegen Piraterie) und ist wesentlich bei Friedensmissionen im UNO-Rahmen engagiert. Die Seidenstraßeninitiativen könnten in der Tat wichtige Impulse liefern für dringend benötigte Infrastrukturinvestitionen in Zentral- und Südostasien sowie Ostafrika, die zu deren politischer Stabilisierung beitragen. Andererseits nehmen die Konflikte Chinas mit dem Westen und einigen seiner Nachbarstaaten zuletzt quantitativ und qualitativ deutlich zu: China vertritt seine Interessen v.a. in den Territorialkonflikten und der Taiwan-Frage auf der Basis seiner größeren militärischen Leistungsfähigkeit immer unnachgiebiger und wendet sich mit seiner ideologischen Rückbesinnung offensiv gegen westliche Werte. Damit ist China nicht nur zu einem Rivalen geworden, sondern in nicht unwesentlichen Themen sogar zu einem Gegner. Der Westen steht insgesamt vor einem Dilemma: Ausgehend von wachsender ökonomischer Abhängigkeit von China und Chinas steigender internationaler Bedeutung, muss er dem Land die Hand reichen zur Weiterentwicklung der internationalen Ordnung und China mehr Mitspracherechte einräumen. Dadurch wird es China aber möglich, seinen eigenen Einfluss immer weiter auszubauen und damit potenziell in die Lage zu kommen, Grundpfeiler der vom Westen bisher geprägten internationalen Ordnung zu seinen Gunsten umzubauen. Von daher wird es kurz- und mittelfristig für die europäischen Staaten untereinander, aber auch im Verbund mit den USA, fundamental darauf ankommen, gemeinsame Positionen bei den Themen zu entwickeln, in denen China sich offen gegen den Westen wendet.

1950	Bündnisvertrag und enge Kooperation mit der Sowjetunion
1950–1953	Koreakrieg; militärische Konfrontation mit den USA
1954, 1958	Erfolgreiche militärische Vorstöße gegen Taiwan
1964	Erster Atombombentest; China wird Nuklearmacht
1970–1972	Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu westlichen Staaten, auch zur BRD (1972)
1971/72	Annäherung an die USA
1971	Aufnahme Chinas in UN als Ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats

1975	Aufnahme offizieller Beziehungen zur EG
seit 1979	Einleitung der Politik der außenwirtschaftlichen Öffnung
1979	Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA
1980	Mitgliedschaft in Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF)
1985	Abschluss eines Handelsabkommens mit der EG
1989	Internationale Sanktionen gegen China wegen gewaltsamer Unterdrückung der städtischen Protestbewegung
1991	China wird Mitglied der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC)
3/1996	Chinesische Militärmanöver und Raketentests in der Taiwan-Straße
12/2001	China wird in die Welthandelsorganisation (WTO) aufgenommen
5/2003	Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO, 2001 gegründet) errichtet ständiges Sekretariat in Beijing
2003–2009	Führende Rolle der VR China bei den Sechs-Parteien-Gesprächen zur nuklearen Abrüstung Nordkoreas
10/2003	Erste bemannte Raumfahrt-Mission Chinas
seit 11/2008	Einbeziehung Chinas in Gipfeltreffen der G 20
ab 1/2009	Chinesische Beteiligung an Piraten-Bekämpfung im Golf von Aden
2+3/2011	China evakuiert 35.000 Staatsbürger aus dem Krisengebiet in Libyen
9/2013	Chinas Präsident verkündet in Kasachstan die „Seidenstraßeninitiative“
11/2014	Zentrale Arbeitskonferenz zur Außenpolitik legt außenpolitische Leitlinien fest
7/2016	Schiedsgerichtshof in Den Haag verwirft chinesische Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer

Abb. 1: Zeittafel zur chinesischen Außenpolitik seit 1949.

Quelle: Heilmann & Schmidt 2014, eigene Ergänzungen.

Literaturnachweise

- Albert, Eleanor (2017): The China-North Korea Relationship. Council on Foreign Relations Backgrounder 26 April 2017. New York: Council on Foreign Relations <https://www.cfr.org/backgrounder/china-north-korea-relationship>
- Becker, Christian (2017): Große Statussorgen um kleine Inseln. Militärische Symbolpolitik im Süd- und Ostchinesischen Meer. S3 Februar 2017. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Blackwill, Robert D. & Campbell, Kurt M. (2016): Xi Jinping on the Global Stage. Council on Foreign Relations Special Report No. 74 February 2016. New York: Council on Foreign Relations.
- Breslin, Shaun (2011): The Soft Notion of China's "Soft Power". Chatham House Asia Programme Paper ASP PP 2011/03.
- Chen, Zhimin (2015): China's Power from a Chinese Perspective (II): Back to the Center Stage. In: Jae Ho Chung (Hrsg.): Assessing China's Power. London/New York: Palgrave/MacMillan, pp. 271–289.

- Dollar, David (2017): Yes, China is investing globally – but not so much in its belt and road initiative. Brookings Order from Chaos Blog, 8 May 2017. <https://www.brookings.edu/blog/order-from-chaos/2017/05/08/yes-china-is-investing-globally-but-not-so-much-in-its-belt-and-road-initiative/>
- Ferdinand, Peter (2016): Westward ho – The China Dream and ‚One belt, One Road‘: Chinese Foreign Policy Under Xi Jinping. in: *International Affairs* 92: 4 (2016), pp. 941–957.
- Fu, Ying (2017): The Korean Nuclear Issue: Past, Present, and Future. A Chinese Perspective. Washington: Brookings John L. Thornton Center, Strategy Paper 3/May 2017.
- Garver, John W. (2016): *China's Quest. The History of the Foreign Relations of the People's Republic of China*. Oxford: Oxford University Press.
- Godement, Francois (2013): *Divided Asia: The Implications for Europe*. ECFR/91 November 2013. Brüssel: European Council on Foreign Relations.
- Godement, Francois (2016): *China and Russia: Gaming the West?* ECFR China Analysis October 2016. Brüssel: European Council on Foreign Relations.
- Godement, Francois (2017): *Expanded Ambitions, Shrinking Achievements. How China Sees the Global Order*. ECFR Policy Brief March 2017. Brüssel: European Council on Foreign Relations.
- Gong, Jasmin et al. (2016): Questioning Not the EU but the „Western System“. *European Crises Through the Lens of Chinese Media*. MERICS China Monitor 12. Juli 2016. Berlin: Mercator Institute for China Studies.
- Heilmann, Sebastian & Schmidt, Dirk H. (2014): *China's Foreign Political and Economic Relations. An Unconventional Global Power*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Hilpert, Hanns Günther & Wacker, Gudrun (2015): *Geoökonomie trifft Geopolitik. Chinas neue außenwirtschaftliche und außenpolitische Initiativen*. SWP-Aktuell 52, Mai 2015. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Huotari, Mikko et al. (2017): *China's Emergence as a Global Security Actor. Strategies for Europe*. MERICS Papers on China No. 4/July 2017. Berlin: Mercator Institute for China Studies.
- Information Office of the State Council, People's Republic of China (2012): *Full Text: Diaoyu Dao, An Inherent Territory of China*, September 2012 <http://en.people.cn/90785/7960320.html>
- Information Office of the State Council, People's Republic of China (2011): *China's Peaceful Development*, September 6, 2011. http://english.gov.cn/archive/white_paper/2014/09/09/content_281474986284646.htm
- Lo, Bobo (2008): *Ten Things Everyone Should Know About the Sino–Russian Relationship*. CER Policy Brief December 2008. London: Centre for European Policy Reform.
- Medeiros, Evan S. (2009): *China's International Behavior. Activism, Opportunism, and Diversification*. Santa Monica: RAND Project Airforce.
- Men, Jing (2007): *Changing Ideology in China and Its Impact on Chinese Foreign Policy*. In: Guo, Sujian & Hua, Shiping (Hrsg.): *New Dimensions of Chinese Foreign Policy*. Lanham: Rowman & Littlefield, pp. 7–39.
- Nye, Joseph S. (2004): *Soft Power. The Means to Success in World Politics*. New York: Public Affairs.

- Ohlberg, Mareike (2016): Boosting the Party's Voice. China's Quest for Global Ideological Dominance. China Monitor Nummer 34 21. Juli 2016. Berlin: Mercator Institute for China Studies.
- O'Rourke, Ronald (2017): Maritime Territorial and Exclusive Economic Zone (EEZ) Disputes Involving China: Issues for Congress. Congressional Research Service R 42784 June 6, 2017. Washington: Congressional Research Service.
- Rolland, Nadège (2017): China's "Belt and Road Initiative": Underwhelming or Game-Changer? In: The Washington Quarterly Spring 2017, pp. 127–142.
- Rudolf, Moritz et al. (2014): Chinas Schatten-Außenpolitik: Parallelstrukturen fordern die internationale Ordnung heraus. China Monitor Nummer 18 23. September 2014. Berlin: Mercator Institute for China Studies.
- Schmidt, Dirk & Heilmann, Sebastian (2012): Außenpolitik und Außenwirtschaft der Volksrepublik China. Wiesbaden: Springer VS.
- Spiegel Online (2017): Wie China mit 900 Milliarden Dollar die Welt erobern will, 15.5.2017. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/china-entwicklungsprogramm-neue-seidenstrasse-a-1147588.html>
- Su, Fei & Saalman, Laura (2017): China's Engagement of North Korea. Challenges and Opportunities for Europe. Stockholm: Stockholm International Peace Research Institute.
- Swaine, Michael D. (2016): Chinese Views on Global Governance Since 2008–9: Not Much New. China Leadership Monitor No. 49, Winter 2016. Stanford: Hoover Institution.
- Taiwan Affairs Office of the People's Republic of China (2000): The One-China Principle and the Taiwan Issue. Beijing 21 February 2000. http://www.gwytb.gov.cn/en/Special/WhitePapers/201103/t20110316_1789217.htm
- Wacker, Gudrun (2013): China und die EU: Keine Strategie, keine Partnerschaft. In: Lang, K.-O.; Wacker, G. (Hg.): Die EU im Beziehungsgefüge großer Staaten. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, pp. 29–40.
- Wagener, Martin (2015): Vor dem Bündnisfall in Ostasien? Die USA und der chinesisch-japanische Inselstreit im Ostchinesischen Meer. in: ÖMZ 2/2015, pp. 135–141.
- Wang Yi (2017a): Work Together to Build Partnerships and Pursue Peace and Development. Speech at Luncheon of the China Development Forum, Beijing 20 March 2017. http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/wjb_663304/wjbz_663308/2461_663310/t1448155.shtml
- Wang Yi (2017b): Forge Ahead Under the Guidance of General Secretary Xi Jinping's Thought on Diplomacy. http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/t1489143.shtml
- Wang, Yi (2013): Toward a New Model of Major-Country Relations between China and the United States. Speech at the Brookings Institution, 20 September 2013. <https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2013/09/wang-yi-english-prepared-remarks.pdf>
- Weiss, Martin A. (2017): Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). Washington: Congressional Research Service, CRS Report R44754.
- Xi, Jinping (2017a): Secure a Decisive Victory in Building a Moderately Prosperous Society in All Respects and Strive for the Great Success of Socialism with Chinese Characteristics for a New Era. Speech Delivered at the 19th National Congress of the Communist Party of China, October 18, 2017. http://www.xinhuanet.com/english/download/Xi_Jinping's_report_at_19th_CPC_National_Congress.pdf

- Xi, Jinping (2017b): Full Text of President Xi's Speech at Opening of Belt and Road Forum, Beijing, 14 May 2017. http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/t1465819.shtml
- Xi Jinping (2015): Towards a Community of Common Destiny and a New Future for Asia. Key-note Speech at the Boao Forum for Asia Annual Conference 2015, Boao, 28 March 2015. http://www.china.org.cn/business/2015-03/29/content_35185720.htm
- Zeng, Jinghan/Xiao, Yuefan/Breslin, Shaun (2015): Securing China's Core Interests: The State of the Debate. In: *International Affairs* 91:2, pp. 245–266.
- Zhang, Wanfa (2007): Tapping Soft Power: Managing China's „Peaceful Rise“ and the Implications for the World. In: Guo, Sujian & Hua, Shiping (Hrsg.): *New Dimensions of Chinese Foreign Policy*. Lanham/MD: Rowman & Littlefield), pp. 109–131.
- Alle Internetseiten wurden letztmalig am 6. Dezember 2017 überprüft.

Endnoten

- 1 Für einen gelungenen Überblick zu diesen beiden Schlagworten im Kontext der chinesischen Geschichte siehe die entsprechende Seite der Asia Society: <http://sites.asiasociety.org/chinawealthpower/>
- 2 Dieses Kapitel beruht auf Schmidt & Heilmann 2012 und Heilmann & Schmidt 2014.
- 3 Vgl. China Daily „China still a developing nation“ 25.11.2011 http://usa.chinadaily.com.cn/business/2011-11/25/content_14162840.htm
- 4 Zu diesen Aspekten des chinesischen Anspruchsdenkens und der Opfermentalität siehe Me-deiros 2009, S. 7–11.
- 5 Für eine Erläuterung dieses Konzepts siehe Chen Zhimin 2015, S. 276–280.
- 6 Siehe hierzu die einschlägigen Erklärungen des chinesischen Außenministeriums: Foreign Ministry of the People's Republic of China: China's Initiation of the Five Principles of Peaceful Co-existence: http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/ziliao_665539/3602_665543/3604_665547/t18053.shtml
- 7 Diese Beschreibung ist Bestandteil im Grunde jedes außenpolitischen Dokuments der VR China. Für ein Beispiel vgl. den außenpolitischen Teil der Rede Xi Jinpings vor dem 19. Parteitag im Oktober 2017 (Xi Jinping 2017a).
- 8 Zum chinesischen Verständnis seiner Kerninteressen vgl.: Zeng & Xiao & Breslin 2015.
- 9 Vgl. im Folgenden Xi Jinping 2015 oder das Weißbuch „China's Peaceful Development“ (Information Office of the State Council 2011).
- 10 Vgl. Men Jing 2007.
- 11 Siehe hierzu z.B. Wang Yi 2017a, Wang Yi 2017b.
- 12 Vgl. Nye 2004.
- 13 Zur chinesischen Softpower-Strategie vgl.: Zhang Wanfa 2007, Breslin 2011.
- 14 Vgl. Blackwill & Campbell 2016; Huotari et al. 2017.
- 15 Vgl. Xi Jinping 2017a, Xi Jinping 2015, Wang Yi 2017a, Wang Yi 2017b.
- 16 Vgl. Hilpert & Wacker 2015, Ferdinand 2016, Rolland 2017.
- 17 Vgl. Spiegel Online 2017.

- 18 Vgl. Xi Jinping 2017b.
- 19 Zur AIB vgl.: Weiss 2017.
- 20 Vgl. zu diesem Aspekt insbesondere Rudolf et. al. 2014.
- 21 Dieser Vorwurf findet sich z.B. bei Jörg Wuttke: Xi Jinping's Silk Road is under threat from one-way traffic. Financial Times 9 May 2017.
- 22 Vgl. Dollar 2017.
- 23 Vgl. Schmidt & Heilmann 2012; Heilmann & Schmidt 2014.
- 24 Vgl. Xi Jinping 2017a, Taiwan Affairs 2000; aktuelle Berichte finden sich auf der Seite des chinesischen „Taiwan Affairs Office“: <http://www.gwytb.gov.cn/en/>
- 25 Vgl. Heilmann/Schmidt 2014 Kapitel 8.
- 26 Die Perspektive Taiwans unterliegt durch die demokratisch herbeigeführten Machtwechsel selbstverständlich Schwankungen. Die jeweilige „Festlandspolitik“ der Regierung ist einzu-sehen beim „Mainland Affairs Council“ <https://www.mac.gov.tw/en/>
- 27 Regelmäßige Umfragen werden in Taiwan durchgeführt von der National Chengchi University (Election Study Center) <http://esc.nccu.edu.tw/course/news.php?class=203>
- 28 Für einen Überblick über die offiziellen US-Taiwan-Beziehungen vgl. die Seite des amerikani-schen Außenministeriums <https://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/35855.htm>
- 29 Vgl. Albert 2017; Su & Saalman 2017.
- 30 Vgl. Fu Ying 2017.
- 31 Vgl. Xinhua News Agency: China proposes „double suspension“ to defuse Korean Peninsula crisis http://news.xinhuanet.com/english/2017-03/08/c_136112435.htm
- 32 Vgl. Garver 2016, Kapitel 3.
- 33 Vgl. Wagener 2015; Becker 2017.
- 34 Siehe hierzu: <http://www.xinhuanet.com/english/special/diaoyuislands/index.htm>, State Council Information Office 2012.
- 35 Vgl. O'Rourke 2017; Becker 2017.
- 36 Vgl. <http://www.xinhuanet.com/english/special/SouthChinaSea/index.htm>; aus einer Fülle von chinesischen Statements zu diesem Thema siehe z.B. Foreign Ministry Spokesman Hua Chun-ying's Remarks on US Defense Secretary Carter's Speech Relating to the issue of the South China Sea at the Shangri-La Dialogue, 30 May 2015 http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/xwfw_665399/s2510_665401/t1268781.shtml
- 37 Deutschlandfunk, 12.7.2016: Sebastian Heilmann im Gespräch mit Peter Kapern „Von chi-nesischer Seite eine kontrollierte Aggression“, http://www.deutschlandfunk.de/konflikt-im-suedchinesischen-meer-von-chinesischer-seite.694.de.html?dram:article_id=359816
- 38 Das US Center for Strategic and International Studies (CSIS) betreibt unter dem Namen „Asia Maritime Transparency Initiative“ eine Webseite, die neben Kartenmaterial auch Satellitenauf-nahmen der Landaufschüttungen im Zeitverlauf nachvollzieht. Vgl.: <https://amti.csis.org>
- 39 Vgl. Heilmann & Schmidt 2014; Godement 2013; Wacker 2013; Godement 2016; Lo 2008; Godement 2017; Swaine 2016; Ohlberg 2016.
- 40 Vgl. Wang Yi 2013.
- 41 Vgl. Gong et al. 2016.
- 42 Position Paper of the People's Republic of China for the 72nd Session of the United Nations General Assembly. <http://www.china-un.org/eng/zgyw/P020170904435053466190.pdf>
- 43 Vgl. Wang Yi 2017a, Wang Yi 2017b.

